



April 2018
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

Hornkühe im Dichtestress?

Heute hier, morgen dort: Neue Arbeitsformen im Open-Space-Office
Zu sensibel für den Grossraum – ein Gerichtsurteil



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Digitalisierung? Weiterbildung!

Eine Tagung von Movendo und SGB

Donnerstag, 28. Juni 2018 in Freiburg

Die Digitalisierung der Arbeitswelt schreitet voran: Das birgt Risiken und Chancen für die Arbeitnehmenden. Wie begegnen die Gewerkschaften diesen Herausforderungen?

Digitalisierung fordert Weiterbildung. Die Qualifizierung der Menschen durch lebenslanges Lernen ist der Schlüssel für den gesellschaftlichen Fortschritt und einen sozialverträglichen Arbeitsmarkt. Die Tagung ist ein Kompass durch den schweizerischen Weiterbildungsdschungel, reflektiert die gewerkschaftlichen Positionen und formuliert die Anforderungen für eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik.

Datum und Zeit: Donnerstag, 28. Juni 2018, 9.00–16.30 Uhr
Ort: Freiburg, NH-Hotel
Info/Anmeldung: www.movendo.ch
Tagungsgebühr: Gratis für Mitglieder von Garanto, Nautilus, SEV, syndicom, VPOD und Unia
 Nichtmitglieder: CHF 250.–

Eidgenössische Volksinitiative «Krankenversicherung. Für die Organisationsfreiheit der Kantone»

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Im Bundesblatt veröffentlicht am 3. Oktober 2017 :
 Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 117 Abs. 3–5
 Die Kantone können durch Gesetz eine kantonale oder interkantonale Einrichtung schaffen, die im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung folgende Aufgaben erfüllt:
 a. die Prämien festlegen und erheben;
 b. die Kosten finanzieren, die zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung anfallen;

c. die Erfüllung der administrativen Aufgaben, die den zur Durchführung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zugelassenen Versicherern übertragen werden, einkaufen und kontrollieren;
 d. sich an der Finanzierung von Präventions- und Gesundheitsförderungsprogrammen beteiligen.
 *Sie leisten Gewähr für die Unabhängigkeit der kantonalen oder interkantonalen Einrichtung und stellen sie mit einem Leitungsorgan aus; in diesem müssen namentlich die Leistungserbringer und die Versicherten vertreten sein.

*Sie leisten Gewähr für die Finanzierung und den Betrieb der Einrichtung sowie für die Erfüllung der administrativen Aufgaben nach Absatz 3 Buchstabe c.

Art. 197 Ziff. 12
 12. Übergangsbestimmung zu Art. 117 Abs. 3–5 (obligatorische Krankenpflegeversicherung)
 *Nach Annahme von Artikel 117 Absätze 3–5 kann jeder Kanton von seiner Kompetenz, eine Einrichtung nach den genannten Bestimmungen zu schaffen, Gebrauch machen.

In diesem Fall bestimmt er für jeden Versicherer, der die obligatorische Krankenversicherung durchführt oder in den vorhergehenden fünf Jahren durchgeführt hat, die Höhe der Reserven im Verhältnis zur Anzahl Versicherter auf seinem Gebiet. Die betroffenen Versicherer arbeiten mit an der Bestimmung der Höhe der Reserven.
 *Innert zweier Jahre nach Annahme von Artikel 117 Absätze 3–5 regelt der Bund die Modalitäten der Übertragung der Reserven nach Absatz 1 auf die kantonalen oder interkantonalen Einrichtungen.

Kanton Postleitzahl Politische Gemeinde

	Name (eigenhändig und möglichst in Blockschrift)	Vorname	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leerlassen)
1.						
2.						
3.						

Ablauf der Sammelfrist : **3 April 2019**. Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder zurückziehen : Blanchard Jean, Clos de la Fonderie 15, 1227 Carouge; Buchs Bertrand, Chemin Charles-Poluzzi 33, 1227 Carouge; Calpini Christa, Chemin de Bois Jaccoud 17, 1070 Puidoux; Carnal Christine, Rue des Fontaines 5, 1413 Orzens; Crottaz Brigitte, Chemin des Fontannins 2, 1066 Epalinges; Demeulemeester Joy, Avenue des Toises 14, 1005 Lausanne; Demierre Anne-Claude, Rue des Agges 62, 1635 La Tour-de-Trême; Donzé Manuel, Chemin de Roverez 28, 1012 Lausanne 11; Fricker Jonas, Hägelerstrasse 43, 5400 Baden; Derouette Jean-Paul, Place Duchene 14, 1213 Onex; Diserens Jean-Paul, Chemin de Pomey 30, 1800 Vevey; Fridez Pierre-Alain, Sous-la-Côte 344, 2902 Fontenais; Hanselmann Heidi, Obstadtstrasse 23, 8880 Walenstadt; Häslar Christine, Alte Strasse 7, 3816 Burglaenen; Haury Jacques-Andre, Chemin du Village 48, 1012 Lausanne; Jaquet-Berger Christiane, Avenue de Bethusy 60, 1012 Lausanne; Jaton Laure, Chemin de Palettes 1, 1020 Renens; Maillard Pierre-Yves, Rue du Lac 34, 1020 Renens; Maitre Vincent, Rue Crespin 16, 1206 Genève; Poggia Mauro, Rue de l'Athene 21, 1206 Genève; Rossini Stephane, Chemin du Cerisier 80, 1997 Nendaz; Ruiz Rebecca, Rue du Valentin 33, 1004 Lausanne; Steiert Jean-Francois, Avenue du General-Guisan 12, 1700 Fribourg; Vionnet Blaise, Chemin sur Rosset 22, 1040 Echallens; Vuillemin Philippe, Avenue des Bovresses 16, 1010 Lausanne.

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft) :

Ort Datum

Eigenhändige Unterschrift Amtliche Eigenschaft

Amtsstempel

Bitte den ganz oder teilweise ausgefüllten Bogen ausschneiden, in einen Briefumschlag stecken und möglichst früh vor dem 20. Januar 2019 senden an:
 Comité d'initiatives, Case Postale, 1022 Chavannes-près-Renens.

Themen des Monats

- 5 Tausend Frauen für Fairness**
Grosse Demos für Lohngleichheit am 8. März
- 6 Guten Abend, Paul**
Paul Rechsteiner gibt das SGB-Präsidium ab – spannende Nachfolgedebatte
- 7 Späte Liebe**
Bei den VPOD-Pensionierten mischen sich Politik, Lebenshilfe und Geselligkeit
- 9–11 «Die Lehrkräfte werden tätlich»**
Die Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft in Neuenburg lanciert eine Petition
- 12–18 Bürowelt im Wandel**
Flexible Büroräume in der Stadt Zürich und anderswo
Hartmut Schulze: «Arbeiten im Raum braucht Regeln»
Was sich die Designerin denkt
Bundesverwaltungsgericht akzeptiert Grossraumbüro-Unverträglichkeit
- 22–23 1. Mai**
Termine, Rednerinnen, Kulinarisches und Musikalisches

Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 8 Aus den Regionen und Sektionen**
- 19 Susi Stühlinger: Doris und die Detektive**
- 20 Wirtschaftslektion: Drei Schritte rauf, zwei runter**
- 21 Wettbewerb: Torten**
- 24 VPOD aktuell**
- 25 Hier half der VPOD: Aus unfreien Stücken**
- 26 Solidar Suisse: Schweizer Berufsbildung exportieren?**
- 27 Menschen im VPOD: Strippenzieher Robert Weidmann**

Redaktion/Administration:

Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 3, April 2018
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Zürich Paradeplatz

Zürich Paradeplatz kennt jedes Kind. Jedenfalls jedes, das frühzeitig via Monopoly mit den Schrecknissen des realexistierenden Kapitalismus bekanntgemacht wird. Was durchaus eine pädagogische Herausforderung ist, wie ich von der Bürokollegin erfahre. Soll man, um des Lerneffekts willen, die armen Kinderlein ins bittere Elend stossen und sie gnadenlos mit Hotels auf den teuersten Grundstücken abzocken? (Was der Vater anscheinend tut.) Oder errichtet man einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz, in dem alle ihr Auskommen haben, der aber mit der Welt, wie sie nun mal ist, wenig zu tun hat? (Wohin die Mutter strebt.)

Wie auch immer: In der Schweizer Ausgabe des Spiels ist Zürich Paradeplatz das teuerste Feld. Als nichtzürcherisches Kind erfährt man erst beim Ausflug mit der Oma, dass der Platz tatsächlich existiert. Dass viele blaue Trams dort fahren. Und einige grosse Häuser dort stehen. Nämlich auf der Nordseite das übertrieben protzige, mit vielerlei Jungfrauen und Putten besteckte Credit-Suisse-Hauptgebäude von 1875. Und westlich die UBS in einem Bau, den der damalige Bankverein in den 1950er Jahren dort wie ein elegantes Möbel platziert hat.

Was für Geschäfte es sind, die in der Galerie Gmurzynska, Paradeplatz 2, getrieben werden, weiss niemand so genau. Mit russischer Avantgardekunst hat man zu tun – und gelegentlich auch mit der Staatsanwaltschaft. Dass Sprüngli seine Confiserie 1859 an den Paradeplatz verlegte, beruht auf einem Irrtum. Der gute Herr Zuckerbäcker war im Glauben, dort werde der neue Zürcher Hauptbahnhof zu stehen kommen. Und von wegen «Hotel auf Zürich Paradeplatz»: Das Savoy Baur en Ville bietet das billigste Zimmer für 485 Franken. Die Suite mit Balkon kostet 1500 Franken. Pro Nacht. Immerhin ist ein kontinentales Frühstück inbegriffen, da kann man nicht meckern. Sondern nimmt einen Absacker unten in der Savoy-Bar, wo die Welt ausgesperrt und die Zeit angehalten bleibt.

Seinen heutigen Namen trägt der Paradeplatz übrigens erst seit 1869. Das Zeughaus, das für die Benennung Anlass war, ist indessen längst ein Restaurant, das auf seiner Karte 13 Wurstsorten in 11 Sprachen anbietet, darunter auch seltene wie die Bassersdorfer Landwurst und den Kanonenputzer. Letzteres ist eine Bratwurst aus dem Waadtland, die per Meter verkauft wird und aus reinem Schweinefleisch besteht.

A propos Schweinefleisch: Warum nicht den unschweizerisch pompösen Namen Paradeplatz entsorgen zugunsten einer Rückbenennung, die man auch als Kommentar zum Monopoly lesen könnte, das dort gespielt wird? Die neue alte Bezeichnung nähme sich auf dem Briefpapier der ansässigen Etablissements hübsch aus. Und der rot-grüne Gemeinderat hätte es in der Hand.

Bis 1819 hiess der Platz Saumarkt.



Rückwärtsgewandt:
Vorlage zur Ehepaarbesteuerung.

Zu wenig kraftvoll:
Geldpolitik der Nationalbank.



form der Ehepaarbesteuerung fehlt dem Bundesrat jegliches Gespür. Die jetzt präsentierte Idee für die Abschaffung der «Heiratsstrafe» nützt einzig den hohen und höchsten Einkommen. Und behindert – durch den «Einverdienerabzug» – die Frauenerwerbstätigkeit. | [vpod/sgb](#) (Foto: [aldomurillo/iStock](#))

Will SBB-Führung den GAV schreddern?

Das gute Jahresergebnis der SBB zeigt laut Gewerkschaft SEV unter anderem, dass das Personal einen guten Job macht. Allerdings ortet der SEV in der SBB-Spitze wenig Wertschätzung: Stellen werden gestrichen, «RailFit 20/30» wird durchgepaukt. Bei den Verhandlungen keimt der Verdacht auf, die Führung wolle den GAV loswerden. Weniger Ferien und Kündigungsschutz? Abbau von Lohn und Treueprämien? Das kommt beim Personal schlecht an. Folge: Die besten Leute gehen, was das Funktionieren des ganzen Unternehmens in Frage stellt. «Ausländische Bahnunternehmen mussten diese schmerzhaft und teure Erfahrung bereits machen. Sie in der Schweiz zu wiederholen, wäre wahrlich nicht nötig», warnt der SEV. | [sev/slt](#)

Post: Gewinn in die Grundversorgung, bitte!

Auch die Post schreibt schöne Zahlen: 420 Millionen Franken plus – trotz Rückstellungen wegen des Postautoskandals. Dennoch reduziert die Post ihr Angebot in der Grundversorgung, egal was die Politik sagt. Letztes Jahr wurden über 1000 Arbeitsplätze weggespart – als Begründung dienten das künstliche Defizit bei PostNetz und der selbstverschuldete Abbau der Kundenkontakte in den Poststellen. Auch hier übt man sich in Buchhaltungstricks statt im Service public. | [syndicom/slt](#)

Seco bestätigt: Uber ist Arbeitgeber

Mit wilden Konstruktionen wollte der Fahrdienstanbieter Uber in Genf seine Dumpingwirtschaft sichern. Chauffeure wurden bei «Partnerunternehmen» angestellt, arbeiteten aber ausschliesslich für Uber. Im Dezember streikten sie gegen skandalös tiefe Löhne. Das Seco hat jetzt entschieden, dass der GAV Personalverleih einzuhalten ist. Aus der Begründung geht zugleich hervor, dass Uber selber als Arbeitgeber eingestuft wird. Denn nur Arbeitgeber können Personal von Personalverleihern ausleihen. | [unia](#)

Weiterhin SGB-Kritik an der SNB

Die Wirtschaft boomt, auch in der Schweiz. Nicht zuletzt, weil der Franken sich abschwächt (vor einem Jahr lag der Kurs bei 1.07, heute um 1.17 Franken/Euro). Dennoch ist die Währung gemäss SGB nach wie vor überbewertet. Der faire Kurs läge bei 1.25 bis 1.35 Franken/Euro. Positiv ist, dass die SNB die Zinsen tief hält. Die Gewerkschaften erwarten aber noch mehr Engagement, den Frankenkurs auf schweizverträgliches Niveau zu bringen. | [sgb](#) (Foto: [Roland zh/Wikimedia](#))

Dreister Tamedia-Präsident

Die Gewerkschaft Syndicom ärgert sich darüber, dass ausgerechnet Pietro Supino, Verwaltungsratspräsident von Tamedia und Präsident des Verlegerverbandes, öffentlich über Medienvielfalt referiert (wie im März am Lunch-Event des Business-Clubs Bern geschehen). Das ist dreist! Der Tamedia-Präsident spielt nämlich eine zentrale Rolle bei den laufenden Abbauprojekten, welche die Medienvielfalt aushöhlen. Mit einer Aktion in identischen Supino-Masken haben Journalistinnen und Journalisten von *Bund* und *Berner Zeitung* sowie der Agentur SDA gegen das unverschämte Ansinnen protestiert. Sie erinnerten daran, dass seit Anfang Jahr alle Tamedia-Titel mit einem Einheitsmantel erscheinen, dass die Tamedia ihren 170-Millionen-Gewinn nicht ins Unternehmen steckt und dass auch die Rosskur, welcher die SDA unterworfen wurde, von Supino mitverantwortet wird. | [syndicom](#)

«Steuervorlage 17»: Verdächtige Ähnlichkeit

Der VPOD lässt sich nicht täuschen: Auch wenn die vom Bundesrat vorgestellte Neuauflage der Unternehmenssteuerreform III jetzt «Steuervorlage 17» heisst, unterscheidet sie sich nicht wesentlich von der abgelehnten Vorlage. Für die Gewerkschaften ist klar, dass das Parlament Verbesserungen vornehmen muss, sonst wird man auch diese Reform bachab schicken. Es braucht eine stärkere soziale Komponente für die Haushalte. Und die geplanten – und vom Bund durch den höheren Kantonsanteil subventionierten – kantonalen Steuersenkungen sind zum Fenster hinausgeworfenes Geld. Auch bei der Re-



An der Demo vom 8. März zeigen die Frauen ihre Empörung über den Ständeratsentscheid.

Internationaler Frauentag 8. März: Grosse Demos für Lohngleichheit in Bern und anderswo

Tausend Frauen für Fairness

Tausend Frauen (und einige solidarische Männer) haben am Internationalen Frauentag in Bern für Lohngleichheit demonstriert. Die Arbeitnehmerinnen in der Schweiz verdienen immer noch 20 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Zum grösseren Teil ist diese Lohndifferenz das Resultat von unterschiedlichen Berufen und unterschiedlichen Ausbildungen. Auch das gälte es anzupacken. Aber auch unter Einbezug aller Faktoren bleibt ein Unterschied von ungefähr 7 Prozent, für den sich keine andere Begründung finden lässt als das Geschlecht.

Chrüecht es Schnäggli...

Das an der Demo mehrfach vertretene Motiv der Schnecke hat seit dem Ständeratsentscheid von Ende Februar nochmals an Berechtigung gewonnen. Dass die kleine Kammer das Gleichstellungsgesetz, so abgeschliffen es inzwischen auch war, wieder auf die lange Bank (nämlich an die Kommission zurück-) geschoben hat, ist allerhand. Die Verzögerungstaktik hat einzig zum Ziel, den mangelnden Willen der Ständeratsmehrheit zu kaschieren, überhaupt etwas gegen die weiterhin bestehende Lohndiskriminierung der Frauen zu unternehmen.

Dass Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden müssen, steht

seit 37 Jahren in der Bundesverfassung. Schon viel länger dauert der Kampf der Gewerkschaften für dieses Anliegen. Die jüngsten Entscheide scheinen das Ziel in noch weitere Ferne gerückt zu haben. Aber die Demonstration in Bern macht klar, dass die Gewerkschaften zu kämpfen bereit sind. Auch am 1. Mai, für den die Losung «Lohngleichheit. Punkt. Schluss!» ausgegeben wurde.

Am gleichen Tag fand auch in Aarau eine Frauendemo statt. Dort hat das Kantonsparlament die Streichung aller Stellenprozent beschlossen, die für die Gleichstellung tätig

sind – das bedeutet für die Stabstelle für Familien- und Gleichstellungspolitik das Ende. Schon seit einigen Jahren kürzt die Grossratsmehrheit regelmässig die Mittel; jetzt kam der Offenbarungseid, dass diese Arbeit im Kanton unerwünscht ist. Solche Geringschätzung von Frauenanliegen sorgt nicht nur im VPOD für Empörung.

Im Kanton Jura hat die Unia am 8. März ihre kantonale Lohngleichheits-Initiative eingereicht. Es handelt sich um eine Art Durchsetzungsinitiative auf Kantonsebene. | vpod (Fotos: SGB [oben] und Béatrice Stucki/VPOD [unten])

VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber lässt sich nicht kleinkriegen: Der Einsatz für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit geht weiter.



Paul Rechsteiner gibt das SGB-Präsidium per Ende November ab

Guten Abend, Paul

Man hatte es erwartet – aber irgendwie dann doch nicht so rasch: Die Ära Paul Rechsteiner geht im SGB noch dieses Jahr zu Ende. Als Ständerat will der St.Galler 2019 nochmals antreten. | Text: SGB und VPOD (Foto: Alexander Egger)



Paul Rechsteiner war einer der ausdauerndsten und einer der besten SGB-Präsidenten. Im November tritt er ab.

Im November gibt Paul Rechsteiner sein Amt als SGB-Präsident ab. Als er es im Herbst 1998 antrat, waren soziale Anliegen stark unter Druck. Der Kollege trat für eine offensive gewerkschaftspolitische Orientierung ein. Zu den grossen Errungenschaften seiner Epoche gehören die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne. Sie waren und bleiben die Bedingung dafür, dass die Gewerkschaften die bilateralen Verträge mit der EU unterstützen. Die Flankierenden trugen dazu bei, dass in der Schweiz – entgegen dem gesamteuropäischen Trend – der GAV-Schutz ausgebaut werden konnte.

Erfolgreich war die zur Jahrtausendwende lancierte Kampagne «Keine Löhne unter 3000 Franken». Sie führte zu deutlichen Lohnerhöhungen im Tieflohnbereich, just in einer Zeit, als in Deutschland mit den Hartz-I- bis -IV-Programmen ein Niedrigstlohn-Sektor etabliert wurde. Die 2010 von den Gewerkschaften lancierte Volksinitiative «Keine Löhne unter 4000 Franken» scheiterte dann zwar an der Urne. Doch in der Realität setzte sich die 4000er-Grenze als informeller Mindeststandard weitgehend durch. In der Sozialpolitik gelangen nur punktuelle Fortschritte. Erfolgreich war der SGB aber im Kampf gegen Abbau. So scheiterten die wiederholten Versuche, die Renten zu verschlechtern, am Widerstand der Gewerkschaften. Eine Anhebung der AHV gelang vorerst nicht.

Zwiespältige Öffnung

In seinen zwei Jahrzehnten als Präsident ist es Paul Rechsteiner gelungen, die Zusammenarbeit der im SGB zusammengeschlossenen Verbände zu fördern und die Kräfte für gemeinsame Anliegen zu bündeln, auch in Form von Initiativen, Referenden, Demons-

trationen und Kampagnen. In seiner Zeit öffnete sich der SGB ausserdem für Berufsverbände und Angestelltenorganisationen – nicht immer zur Freude des VPOD, dem man damit Konkurrenz unterm eigenen Dach zumutete. – Den Job als oberster Gewerkschafter gibt er ab – Ständerat will er bleiben: 2019 stellt sich Paul Rechsteiner in St.Gallen für eine dritte Amtsperiode im Stöckli nochmals zur Wahl. Die Gewerkschaften hoffen, dass seine starke Stimme in jener Kammer, die im Bundeshaus derzeit die vernünftigeren und sozialere ist, erhalten bleibt.

Das Karussell läuft an

Die Nachfolge Rechsteiners ist offen; die Delegierten werden sie am nächsten SGB-Kongress Ende November/Anfang Dezember dieses Jahres bestimmen. Das SGB-Vizepräsidium – Vania Alleva (Unia) und Giorgio Tuti (SEV) – hat sich bereits auf die Suche gemacht. In der NZZ wurden am Tag nach dem Rücktritt Nationalrat Corrado Pardini, Geschäftsleitungsmitglied der Unia, und Nationalrätin Barbara Gysi, Präsidentin des Personalverbandes des Bundes PVB, als «Papabili» gehandelt. Weitere Medien nannten Philipp Hadorn, ebenfalls SP-Nationalrat sowie Gewerkschaftssekretär des SEV, der aber wegen seines ostentativen Christentums nicht in Frage kommen dürfte. Auch die Namen Pierre-Yves Maillard und Mathias Reynard fallen da und dort; immerhin war – siehe Kasten – die Westschweiz an der Gewerkschaftsspitze bisher krass untervertreten. Möglich ist indes auch – weil der Rücktritt doch recht kurzfristig bekannt wurde –, dass ein Übergangspräsidium eingesetzt wird. Und auch die Frauenfrage dürfte in die Wahl hineinfunkeln.

Die bisherigen SGB-Präsidenten

Ludwig Witt (1884–1886 und 1886–1888), Johann Kappes (1886), Albert Spiess (1888), Georg Preis (1888–1890), Rudolf Morf (1890–1891), Conrad Conzett (1891–1893), Eduard Hungerbühler (1893–1894), Eduard Keel (1894–1896), Lienhard Boksberger (1896–1898), Alois Kessler (1898–1900), Heinrich Schnetzler (1900–1902), Niklaus Bill (1902–1903), Karl Zingg (1903–1908), Emile Ryser (1909–1912), **Oskar Schneeberger (1912–1934)**, **Robert Bratschi (1934–1953)**, Arthur Steiner (1954–1958), **Hermann Leuenberger (1958–1968)**, Ernst Wüthrich (1969–1973), Ezio Canonica (1973–1978), Richard Müller (1978–1982), Fritz Reimann (1982–1990), Walter Renschler (1990–1994), **Christiane Brunner** und Vasco Pedrina (1994–1998), **Paul Rechsteiner (1998–2018)**.

Verbandskonferenz Pensionierte in Olten

Späte Liebe

Wenn sich die VPOD-Pensionierten treffen, mischen sich Politik, Lebenshilfe und Geselligkeit. An der von 80 Mitgliedern besuchten Verbandskonferenz im März in Olten war das nicht anders. | Text und Foto: Christoph Schlatter

Gegen Ende der Konferenz brach es mit Urgewalt aus einem der Teilnehmer heraus: «Wir sind doch hier in Olten, wo vor 100 Jahren das Oltener Komitee getagt und den Generalstreik beschlossen hat!» Der Kollege konnte insofern etwas beruhigt werden, als VPOD und SGB des Jubiläums sehr wohl gedenken und zahlreiche Aktivitäten vorgesehen haben. Die Intervention zeigte indes, dass namentlich bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Westschweiz ein kämpferischer Geist herrscht, der auch im Ruhestand keine Ruhe geben will.

Persönliche Risiken

Dem entsprach ein anklagendes Referat zur Flüchtlingspolitik von Claude Calame, Direktor der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales Paris. Der Kollege möchte nicht nur den Diskurs verschieben – indem er von Exilierten statt von Flüchtlingen spricht. Er will zugleich die Rolle der Schweiz ins Visier nehmen, die als Hort für unfairen Handel viel zum weltweiten Ungleichgewicht beiträgt. Calames Rede war zugleich ein Plädoyer für eine humanere Asylpolitik. In der Diskussion war zu erfahren, dass einzelne Kollegen persönliche Risiken auf sich nehmen, um Flüchtlingen in prekärer Lage zu helfen.

Der Vormittag stand im Zeichen der konkreten Lebenshilfe für ältere Menschen – für solche wie die Konferenzteilnehmenden, die noch mobil sind und alle Sinne beieinander haben, wie es der ehemalige Zürcher Stadtarzt Albert Wettstein ausdrückte. Jetzt sei noch Zeit, mittels Patientenverfügung sein eigenes Ende so gut wie möglich zu regeln – im Wissen, dass damit keineswegs alle möglichen Fälle abgedeckt sind und dass die späte Liebe im Pflegeheim ein Aufflammen des Lebenswillens mit sich bringen könne. Den Anwesenden stellte er trotzdem eine schlechte Prognose: Nur ungefähr 10 Prozent stürben den erwünschten plötzlichen Tod. Bei der Hälfte der Menschen geht dem Ende eine mehrjährige Phase langsam schwindender Körper- und Geisteskräfte voraus.

Rechtzeitig handeln

Daher empfiehlt Wettstein, eine Vertrauensperson als entscheidungsberechtigt zu deklarieren. Sonst arbeiten Medizin und Pflege die Liste nach ZGB ab: Beiständin, Ehegatte, im gemeinsamen Haushalt Lebende (falls sie regelmässig persönlich Beistand leisten), Nachkommen (dito), Eltern (ebenso), Geschwister (gleichfalls). Wer nach dem Tod des Ehepartners eine neue Beziehung eingeht, in

Kampf gegen die Schnabeltasse: Albert Wettstein.



der jedes seine Wohnung behält, muss das neue Gespons schriftlich bezeichnen. Sonst drängt sich womöglich der Sohn in den Vordergrund, dem vor allem am raschen Einzug ins Einfamilienhäuschen gelegen ist. Vielen Menschen geht es darum, ein perspektivloses Dahinvegetieren auszuschliessen. Wettstein gab preis, was er dazu in seine eigene Verfügung geschrieben hat: «Für den Fall fortgeschrittener Demenz verlange ich, dass mir keine Nahrung und Flüssigkeit eingegeben wird, sobald ich mir diese nicht mehr selbst zuführen kann.» Zwangsernährung per Schnabeltasse ist für ihn nicht weit weg von Waterboarding. Aber das müsse jedes für sich selbst entscheiden – und zwar, so lange es das noch kann.

Gegen Sparen zulasten der Ärmsten

Per Resolution, die inzwischen von der Delegiertenversammlung des Verbandes bestätigt wurde, haben sich die VPOD-Pensionierten scharf gegen die Abbaupläne des Nationalrats bei den Ergänzungsleistungen ausgesprochen. «Die Revisionsvorlage war schon vor der Behandlung im Nationalrat nicht erfreulich für die Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen», heisst es darin. «Nach dem Willen der SVP und der FDP soll die Revision nun zur brutalen Sparübung auf dem Buckel der Ärmsten werden.» Die Rentnerinnen und Rentner finden insbesondere inakzeptabel, dass die anrechenbaren Mietzinse praktisch auf der Höhe von 2001 verbleiben – dies erscheine wie «blanker Hohn». Der Ständerat muss die zynische Politik korrigieren, und die Gremien des VPOD werden den weiteren Verlauf der Revision genau verfolgen und notfalls ein Referendum in Betracht ziehen. | vpod (Foto: slt)





Kein Chauffeur: Bus zum Rheinfall.

Kein Abbau: Demo in Lausanne.



Neuhausen: Ohne Chauffeur zum Rheinfall

Seit Kurzem verkehrt in Neuhausen ein führerloser Bus vom Zentrum Richtung Rheinfall; im Sommer soll die Linie bis zum Schlössli Wörth verlängert werden. Ähnliche Experimente gibt es bereits in Marly (FR) und Sitten (VS). Gegenüber Medien dämpfte VBSH-Direktor Bruno Schwager die Angst vor Personalabbau. Wenn die erste und die letzte Meile durch selbstfahrende Kleinbusse erledigt wird, macht das den öV attraktiver. Im Neuhauser Bus ist vorerst noch eine Begleitperson an Bord, welche die Automatik im Notfall übersteuern kann; das UVEK hat die Bewilligung nur unter dieser Auflage erteilt. | *slt* (Foto: Amotech)

Baselland: Streit um Pensionskasse

Die Abbaupolitik im Baselbiet bringt die Personalverbände auf die Palme. Die Arbeitsgemeinschaft, der auch der VPOD angehört, verlangt eine Abfederung der Einbussen in der Pensionskasse. Bisher sind aber weder Regierung noch Landrat zur massvollen Einmalzahlung von 40 Millionen Franken bereit. Der VPOD erwägt eine Urabstimmung. | *vpod*

Kanton Zürich: Erfolgsbeteiligung!

Der Rechnungsabschluss 2017 des Kantons Zürich ist so erfreulich wie vorhersehbar: 367 Millionen Franken beträgt das Plus. Nachdem der Kantonsrat auch letztes Jahr wieder auf Kosten des Personals gespart hat, müssen die Angestellten nun endlich an der guten Ertragslage beteiligt werden. Die Forderungsliste des VPOD: voller Teuerungsausgleich (0,7 statt nur 0,5 Prozent), nachholende Lohnentwicklung, 5 Ferienwochen für alle, Ausgleich der erhöhten Abzüge bei der Pensionskasse. Das Geld dazu ist vorhanden. | *vpod*

Auch St.Galler Personal empört

Auch der Kanton St.Gallen hat 2017 schwarze Zahlen geschrieben; 152 Millionen Franken macht er vorwärts. Es ist bereits das fünfte Mal in Folge, dass der Kanton über dem Budget liegt. Die Empörung der Staatsangestellten ist gross. Zum guten Abschluss haben sie wesentlich beigetragen. Zum Dank hat das Parlament die Einmaleinlage für die Pensionskasse von 202 auf 128 Millionen Franken geschrumpft. Das Ende der Geduld ist nah. | *vpod*

Brodeln im Basler Gartenbad «Joggeli»

«Das Erziehungsdepartement spart auf dem Rücken der Schwächsten», wettet die Basler VPOD-Sekretärin Toya Krummenacher. Den besonderen Zorn der Gewerkschaft hat sich Thomas Mächler zugezogen, Leiter des Bereichs Jugend, Familie und Sport beim ED. Er hat sich mit den Angestellten der untersten Lohnklassen angelegt. Erstens, indem er deren Vorbereitungsarbeiten in eine tiefere Lohnklasse verschob (in der Vorsaison brauche man keine Rettungsschwimmer, sagte er). Und zweitens, indem er die bisher bezahlte Pause strich. Besonders perfid: Die halbe Stunde wurde den Beschäftigten am Ende der Arbeitszeit abgezogen, so dass damit gleich noch Abendzulagen wegfielen. | *slt*

Waadt: Abbaupläne verschoben

Der Kampf des Waadtländer Staatspersonals gegen Abbaupläne bei der kantonalen Pensionskasse war erfolgreich. Zuvor war von einer Anhebung des ordentlichen Rücktrittsalters um 2 Jahre die Rede gewesen. Bei einem Aktionstag gingen 10 000 Beschäftigte auf die Strasse, 1000 streikten. Unter diesem Druck hat die Pensionskassenaufsicht ihre Sanierungspläne auf Eis gelegt. 2021 soll erneut verhandelt werden. | *slt* (Foto: VPOD)

Rolf Bossard AG: Beschäftigung gesichert

Erfolg für den VPOD: Er hat der Stadt Zürich die Garantie abgerungen, dass es bei der Recycling-Firma Rolf Bossard AG nicht zu Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen kommt. Bisher nahm die Firma eine seltsame Zwitterstellung ein: Sie erhielt von der Stadt ausschreibungsfrei Aufträge und wirtschaftete daneben auf dem freien Markt. Dieser Zustand soll jetzt ein Ende haben. | *vpod*

Neuenburg: 1300 auf der Strasse

Immer mehr Menschen lehnen sich gegen die Sparpolitik auf, die im Kanton Neuenburg von einer angeblich linken Regierung betrieben wird. 1300 gingen im März auf die Strasse. «Für einen Kanton, der an seine Zukunft glaubt», stand auf dem Transparent an der Demospitze. Rednerinnen und Redner beklagten, dass die Austeritätspolitik konsequent auf dem Rücken der Schwächsten durchgepeitscht wird. VPOD-Sekretärin Claude Grimm verlangte Korrekturen. | *vpod*

Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft in Neuenburg

«Die Lehrkräfte werden tütlich»

Untersuchungen zeigen einen bedenklichen Gesundheitszustand bei den Lehrkräften. Die Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft in Neuenburg benannte die Ursachen und lieferte mit der Petition «Lasst uns endlich wieder unterrichten!» Ansätze zur Verbesserung. | Text: Christoph Schlatter (Fotos: Eric Roset)



Gruppenbild mit Forderungen.

Rund 80 Lehrpersonen aus allen Regionen der Schweiz haben sich Mitte März in Neuenburg zusammengefunden, um über die aktuellen Herausforderungen in ihrem Beruf zu diskutieren. Der Fokus lag dabei auf der Gesundheit: Diverse Untersuchungen haben zutage gefördert, dass die dauernde Überbelastung im und neben dem Klassenzimmer an vielen nicht spurlos vorübergeht. «Viele Kolleginnen und Kollegen sind am Rand der Erschöpfung», sagte Katrin Meier, Präsidentin der Verbandskommission. Man unterrichte mit Herzblut, aber für gute Bildung müssten auch die Rahmenbedingungen stimmen. Dafür brauche es mehr Ressourcen. «Und aus diesem Grund werden wir Lehrerinnen und Lehrer jetzt tütlich», scherzte Meier.

Essen, trinken, debattieren

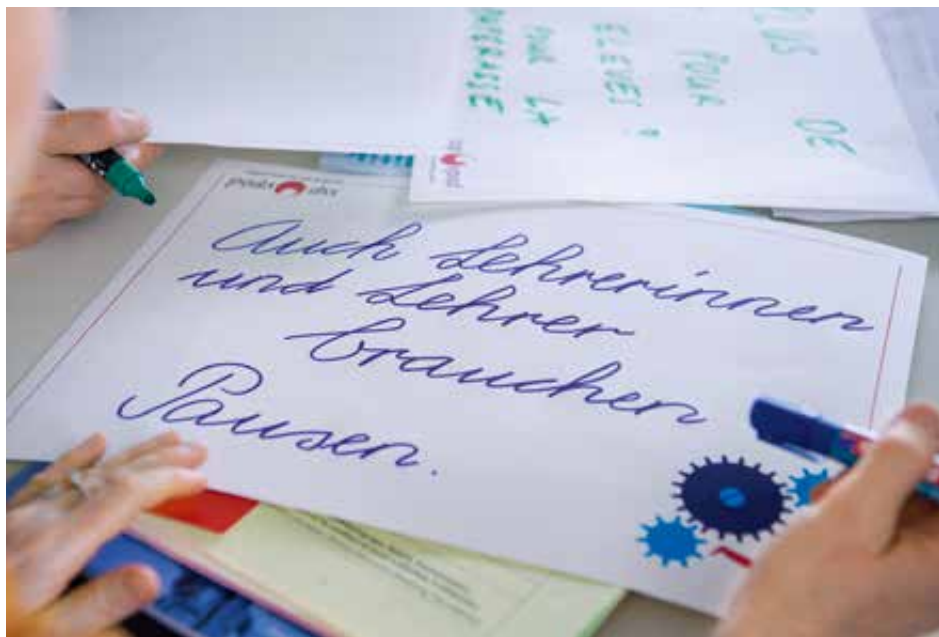
Am Ende der anderthalbtägigen Veranstaltung (den Abend verbrachte man bei Speis,

Trank und Tanz im alternativen Kulturzentrum «Case à Chocs», der einstigen Müller-Brauerei) lag der Entwurf einer Petition vor, für die in den einzelnen Kantonen Unterschriften gesammelt werden sollen. Deren Titel – «Lasst uns endlich wieder unterrichten!» – verursachte allerdings durchaus Diskussionen. Es müsse deutlicher zum Ausdruck gebracht werden, so die Kritik daran, dass das erzieherische Kerngeschäft sich nicht auf das Klassenzimmer beschränke und dass sich die Lehrpersonen mit dieser Formulierung nicht gegen Vor- und Nachbereitung, gegen Elternarbeit und Weiterbildung sperren.

Unumstritten ist, dass die Tätigkeiten ausserhalb des Klassenzimmers zunehmen, was beispielsweise mit der Inklusion und überhaupt mit der zunehmenden Diversität in den Klassen zu tun hat. Ebenso klar ist, dass den Lehrkräften für die damit verbundenen

Arbeiten nicht ausreichend Zeit zugestanden wird. Daher laufen sie zunehmend auf dem Zahnfleisch, gerade weil die Qualität der Arbeit ihnen wichtig ist. Kollegin Laura Pooth war aus Oldenburg angereist, um zu bestätigen, dass in Deutschland die genau gleichen Diskussionen und Auseinandersetzungen geführt werden (siehe Seite 11).

Kollegin Viviane Gonik, ehemalige Mitarbeiterin am Lausanner Institut Santé du Travail, vertiefte die Burnout-Thematik – von der ersten Erwähnung einer solchen Erkrankung 1969 bis zur Gegenwart. Das Bild des Ausgebranntseins taucht erstmals 1974 bei Herbert Freudenberger auf. Und dieser Zustand innerer Leere ist laut Gonik typisch für Berufe, in die man einst mit hohen Idealen eintrat – Polizistin, Sozialarbeiter, Pflegefachmann, Lehrerin. Wer nur um des Geldes willen arbeitet, ist eher immun. Es erscheint nachvollziehbar, dass bei den genannten Be-



rufsgruppen ein Konflikt zwischen individueller Ethik und den Verpflichtungen und Zwängen im Beruf entstehen kann. Und dass dort, wo diese Spannung zum Dauerzustand wird, die Gesundheit gefährdet ist.

Zynismus als Alarmzeichen

Gonik nannte den Zynismus als eines jener Zeichen, die recht eigentlich als Alarmsignal zu interpretieren sind. Weitere Symptome reichen von Reizbarkeit und innerer Unruhe über Appetit- und Schlaflosigkeit hin zu Konzentrationsstörungen und einem Rückgang der intellektuellen Leistungsfähigkeit. Das Gefühl, nicht mehr zu genügen, breitet sich aus. Bei vielen geht das mit einem Rückzug einher: Sie verlieren ihre Interessen und Hobbys, ihren Freundeskreis, am Ende auch die Familie – und greifen nicht selten zu zerstörerischen Substanzen. Auch in der Diskussion wurde immer wieder betont, wie wichtig die gewerkschaftliche Solidarität ist – und dass nur schon der offene Austausch über Schwierigkeiten zur Prophylaxe solcher Negativspiralen taugt.

Die VPOD-Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft behauptet nicht, dass sämtliche Problemfaktoren von der bösartigen Politik verschuldet sind. Aber ein Teil der um sich greifenden Erschöpfung geht durchaus auf deren Konto. Auf das Konto jener, die immer neue Anforderungen – bürokratischer, pädagogischer oder gesellschaftlicher Art – an die Schule stellen, ohne dass sie bereit wären, auch die nötigen Ressourcen herauszurücken. Wer Flüchtlingskinder und

Kinder mit Handicaps in seine Klasse integrieren soll, benötigt mehr Zeit und Mittel, als sie für die kommune Dorfschule in den 1950er Jahren vorzusehen waren.

Demnach gehört eine Senkung der Schülerzahlen zu den dringendsten Wünschen, zusammen mit einem Abbau bei den administrativen Aufgaben und einer verbesserten Anerkennung für den Beruf und seine für die Gesellschaft unverzichtbare Leistung. Auf diese hatte schon VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber in ihrer Begrüssungsansprache hingewiesen, die sich auch gegen die Trumps und Erdoğane dieser Welt richtete: «Die Demokratie ist auf entscheidungsfähige Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Und auch der Sozialstaat benötigt Bildung, weil nur sie aus dem Armutskreislauf heraushilft.»

Die Konferenz verabschiedete zudem eine Resolution, welche dem Burnout den Status einer Berufskrankheit zugestehen möchte. Für die Betroffenen würde daraus bessere Betreuung und Wiedereingliederung folgen, für die Gefährdeten bessere Prävention. Hier muss der SGB aktiv werden. Weitere Resolutionen verlan-

gen die Rücknahme von oder den Verzicht auf die Erhöhung von Studiengebühren an Hochschulen; der VPOD insistiert im Gegenteil auf dem Recht auf – kostenlose – Bildung für alle.

Fit für die Digitalisierung

Auch mit der Digitalisierung befasste sich die Konferenz in einem der 6 Ateliers. Die Teilnehmenden halten fest, dass Technik immer nur Hilfsmittel ist und niemals als Ersatz für pädagogisches Handeln taugt. Das schliesst eine gute Ausbildung der Lehrpersonen in digitalen Belangen natürlich keineswegs aus. Aber zugleich müssen die Fragen des Datenschutzes und der Grenzverlauf zwischen Beruf und Privat-

leben beantwortet sein. Ein zentrales Anliegen: Schülerinnen und Schüler sollen im Unterrichten einen reflektierten Umgang mit den neuen Medien lernen. Sie brauchen stärker als frühere Generationen Unterstützung, damit sie nicht auf Fakes hereinfallen und sich selbst nicht in die Bredouille bringen – und überhaupt: die Welt nicht durch eine total verzerrte Brille wahrnehmen.

Der neuen VPOD-Verbandskommission Bildung Erziehung Wissenschaft gehören an: Cora Antonioli (Vaud; bisher), François Cuhe (Vaud; neu), Laure Galley Ziegler (Neuchâtel; bisher), Brigitte Hess (Bern; bisher), Roger Hiltbrunner (Bern; bisher), Folker Horst (Zürich; bisher; Vertreter in der Delegiertenversammlung des Verbandes), Ute Klotz (HSA Luzern; bisher), Annette König (Basel; neu), Katrin Meier (Zürich; bisher; Präsidentin). **Nach teilweise jahrzehntelanger Mitwirkung in der Kommission wurden mit grossem Dank verabschiedet:** Esther Bänziger (Schaffhausen), Beatrice Messerli (Basel), Regina Stauffer (Zürich) und Ruedi Tobler (Zürich).



Die Forderung nach mehr Zeit wurde an der Konferenz häufig geäußert (rechts in grosser Schrift von VPOD-Zentralsekretärin Christine Flitner).

Wie zu Kaisers Wilhelms Zeiten?

«Mir geht das Herz auf, wenn ich sehe, dass ihr in der Schweiz genau die gleichen Kämpfe führt wie wir in Deutschland», sagt Laura Pooth, Präsidentin der Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft des Landes Niedersachsen. An der Verbandskonferenz stellte sie dar, wie sich die Belastung der Lehrpersonen in ihrem Bundesland präsentiert und welche Etappensiege die GEW errungen hat.

Denn das ist ja gleich, hier wie dort: Die Tätigkeiten, die eine Lehrerin neben dem Unterricht zu bewältigen hat, nehmen laufend zu. Egal ob Zuwanderung, Inklusion oder Ganztageschule: Alles verursacht zusätzliche koordinierende und pädagogische Arbeit. Unhaltbarerweise stellt sich die Politik allerdings auf den Standpunkt, das gehe sie nichts an; massgeblich sei allein die von ihr festgelegte Unterrichtsverpflichtung, die zwischen 23,5 und 28 Stunden liegt. Es sei dann Sache der einzelnen Lehrkraft, Vor- und Nachbereitung, Elterngespräche und was der Dinge mehr sind so zu organisieren, dass die zeitliche

Belastung im Rahmen bleibt. Das Fass kam zum Überlaufen, als die niedersächsische Landesregierung – damals notabene rot-grün – im Jahr 2014 die Unterrichtsverpflichtung einfach so um 1 Stunde anhub. Eine Protestwelle war die Folge; Schüler standen auf der Strasse, Lehrer sagten die Schulreise ab. Auch die Medien sprangen auf. Natürlich wurde auch die GEW aktiv, und zwar auf zwei Ebenen. Beim Oberverwaltungsgericht reichte man Klage ein, gleichzeitig begann die Universität Göttingen mit einer Studie, welche – erstmals – eine minutengenaue Dokumentation der Arbeitszeit von Lehrkräften umfasste (alle bisherigen Untersuchungen stützten sich auf Schätzungen und Hochrechnungen). Das Ergebnis war eindeutig: Die Lehrerinnen und Lehrer Niedersachsens arbeiten 3 Stunden mehr, als sie eigentlich müssten.

Der Landesregierung fiel dazu nichts Besseres ein, als die Repräsentativität der Untersuchung in Zweifel zu ziehen. Aber auch darauf hatten GEW bzw. Uni Göttingen eine Antwort. Die Studie wurde auf 250 Schulen und 3000 Lehrerinnen und Lehrer ausgeweitet. Jetzt liegt ein dickes Buch vor, das wissenschaftlich unanfechtbar ist und inhaltlich eindeutig: Lehrerinnen und Lehrer sind hochmotiviert – und hochbelastet. Alle arbeiten mehr, als sie müssten; in Spitzenzeiten sind 70 bis 80 Wochenstunden keine Seltenheit; allgemein fehlen Erholungsphasen, selbst in den Ferien wird durchgearbeitet.

Auch auf juristischem Parkett hat die GEW gewonnen: Das Oberverwaltungsgericht bezeichnete die Stundenerhöhung als rechtswidrig,

weil ohne empirische Grundlage festgelegt. Die Empirie stützt die gewerkschaftliche Darstellung, wonach sich die zeitliche Beanspruchung der Lehrkräfte gegenläufig zum gesamtgesellschaftlichen Trend verhält. Die Höhe der Unterrichtsverpflichtung hat sich nämlich seit der Kaiserzeit nicht verändert. In den letzten 150 Jahren aber wurde die Arbeitszeit der Industriearbeiterschaft halbiert, diejenige der Beamten zumindest sehr deutlich gesenkt. Den Lehrerinnen und Lehrern werden derweil Zusatzaufgaben aufgehalst.

Laura Pooth ortet bei der Regierung ein klares Ziel: Man will auf gar keinen Fall zusätzliches Geld in die Hand nehmen. Daher die hartnäckige Weigerung, über die vor- und nachunterrichtlichen Tätigkeiten überhaupt zu reden. Daher die absurde Behauptung, diese Dinge liessen sich sowieso nicht bemessen. Daher der in diesem Fall perfide Slogan «Rückkehr zum Kerngeschäft». Immerhin ist das Kultusministerium jetzt zum Handeln gezwungen. Einfach wird das nicht, zumal SPD-Ministerpräsident Stephan Weil nach den letzten Landtagswahlen nicht mehr mit den Grünen, sondern mit der sparwütigen CDU regiert, die nur zu gerne soziale Forderungen gegeneinander ausspielt. Nach dem Motto «Kloppt euch mal schön ums Geld!».

Gefährlich ist zumal, wenn Lehrerinnen und Lehrer anfangen (müssen), Abstriche zu machen. Etwa bei der Unterrichtsvorbereitung. Oder bei den Korrekturen. In diese «Wunde» – dass nämlich die Qualität der Schule zu sinken droht – müsse man «reinhausen», sagt Pooth. | slt (Foto Pooth: slt)



Verwaltungen wie diejenige der Stadt Zürich wollen Büroräume flexibilisieren

Keine bleibende Stadt

Öffentliche Verwaltungen bilden im Allgemeinen nicht die Speerspitze in Bezug auf Desksharing und andere mobile Arbeitsformen. Die Stadt Zürich will jetzt vorwärtsmachen, zumindest dort, wo neu- oder umgebaut wird.

| Text: Christoph Schlatter (Bild: Stadt Zürich)

Natürlich läuft das neue Bürokonzept, das der Stadtrat der Stadt Zürich genehmigt hat, unter einer englischen Bezeichnung: *worksmart@zürich*... Ausgangspunkt ist der wachsende Flächenbedarf, der seinerseits die Hauptursache in der steigenden Bevölkerungszahl hat. Die Verwaltung wächst sogar leicht überproportional, was logisch ist, denn der Zuzug generiert ja zusätzliche Aufgaben. Allerdings zeigt der Vergleich von 2011 und 2016, dass die Zahl der beschäftigten *Personen* nur geringfügig gestiegen ist. Die höhere Zahl der Vollzeitäquivalente resultiert hauptsächlich aus einer Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads.

Dieser stieg über das gesamte Personal hinweg von 74,2 auf 77,5 Prozent – stärker bei den Frauen (von 64,4 auf 70,2 Prozent), weniger bei den Männern (von 86,2 auf 88,4 Prozent). Damit liegen die Geschlechter bei den Vollzeitäquivalenten (11 573,1 Männer, 11 331,7 Frauen) praktisch gleichauf. Es lässt sich also sagen, dass die Stadtzürcher Verwaltungshandlungen fast präzise hälftig von Männern und von Frauen vorgenommen werden. 2016 standen total 29 551 Personen in den Diensten der Stadt Zürich.

Nutzungsneutrale Gebäude

Eine leichte Steigerung des Durchschnittspensums ändert allerdings nichts daran, dass bei einer fixen Zuteilung von Büroarbeitsplätzen die Schreibtische wenigstens einen Tag pro Woche unbenutzt bleiben. Dazu kommt – wie etwa im Betriebskonzept für Büroarbeitsplätze von 2015 festgehalten – ein zunehmendes Bedürfnis der Mitarbeitenden nach Mobilität. Künftige Bürogebäude sollen nutzungsneutral sein und die Verschiebung von Organisationseinheiten oder die Umnutzung von Gebäudetrakten ohne grössere Umbauten erlauben. Die Stadt verspricht sich «eine nachhaltige Reduktion des Flächenverbrauchs und der Bau- und Bewirtschaftungskosten», wenn Grundrisse, Arbeitsplätze und Einbauten über alle Departemente hinweg standardisiert werden.

Für den Alltag im Büro bedeutet dies das Ende des persönlich zugewiesenen Arbeitsplatzes – mittelfristig, nicht von heute auf morgen. Fest steht, dass mobil-flexibles Arbeiten im neuen Verwaltungsgebäude an der Thurgauerstrasse – dem ehemaligen Airgate-Gebäude in Seebach, das die Stadt 2015 für 128 Millionen Franken gekauft hat – Standard werden wird. Im Rahmen von

Erneuerungszyklen und grossen Rochaden werde das mobil-flexible Arbeiten auch im Amtshaus Walche und im Sozialzentrum Wipkingenplatz Einzug halten, hat die Stadt im März mitgeteilt.

Dabei soll die Bürolandschaft so konzipiert werden, dass «von der konzentrierten Einzelarbeit bis zu offener Teamarbeit alle Bedürfnisse abgedeckt werden können». Das soll mit einer klareren Trennung von öffentlichen, halböffentlichen und internen Zonen einhergehen, so dass nicht mehr – wie heute häufig – Aussenstehende durch die ganze Verwaltung spazieren können. Die Digitalisierung bewirkt, dass weniger Platz für die Ablage bereitgehalten werden muss. Trotz Aufgabe des fixen Arbeitsplatzes soll Spielraum für die persönliche Gestaltung bestehen bleiben, namentlich etwa von Teeküchen. Die Massnahmen der Nutzenenden (Bilder, Farben, Teamwände) müssen sich aber mit minimalem Aufwand wieder rückgängig machen lassen.

Spezialfunktion mit Einzelbüro

In Amtssprache: Es gibt nebst Spezialzonen die Raumtypen «Empfang», «Begegnungszone», «Besprechungszone», «departementsübergreifender Kommunikationsbereich» sowie die «Bürozone». Letztere umfasst folgende Untereinheiten: «Teamzone», «grosser bzw. kleiner Fokusraum», «Einzelbüro Spezialfunktionen», «kleines Sitzungszimmer», «Ruhe- und Rückzugsraum», «persönliche Ablage», «Teamablage» und «Servicezone» (dort stehen Drucker und Co.). Als Fernziel nennt die Stadt Zürich ein Verhältnis von 0,9 Arbeitsplätzen pro Vollzeitäquivalent. Dieser Richtwert kann laut Marc Huber von Immo Stadt Zürich allerdings nur auf grössere Einheiten angewendet werden. Die von der NZZ angestellte Überlegung, dass für die 9 Mitglieder des Stadtrats künftig nur noch 8 Schreibtische bereitgestellt würden, ist demnach nicht richtig. Wohl auch deshalb nicht, weil auf dieser Stufe womöglich Anspruch auf ein «Einzelbüro Spezialfunktionen» besteht...

Im Stadtzürcher Verwaltungszentrum in Seebach soll es keine fixen Arbeitsplätze geben.



Interview mit Hartmut Schulze, Professor an der Hochschule für Angewandte Psychologie FHNW

«Arbeiten im Raum braucht Regeln»

Hartmut Schulze ist Professor an der Hochschule für Angewandte Psychologie FHNW. Dort praktiziert man, was man zugleich erforscht: das Wirken in nichtterritorialen Büros. Und überhaupt «mobil-flexible Arbeitsweisen».

| Text: Christoph Schlatter (Fotos: FHNW)



Hartmut Schulze.

VPOD-Magazin: Lustigerweise ist Ihre Hochschule für Angewandte Psychologie durch die Entwicklung der eigenen Bürosituation erst auf das Forschungsthema «mobil-flexible Arbeitsweisen» gekommen.

Hartmut Schulze: Tatsächlich. Wir sind ja in den letzten Jahren stark gewachsen, so dass wir in Olten mehrmals umziehen mussten. Unsere Mitarbeitenden haben, als wir die jetzigen Räume in Besitz nahmen, bestätigt, dass sie weiterhin auf mobil-flexibles Arbeiten setzen wollen. Und das hat uns als «anwendende Psychologen» auf die Forschungsschiene gebracht. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht ja immer die Frage: Wie müssen die Umgebung und die Arbeitsmittel gestaltet sein, damit Menschen mit ihren Kompetenzen und ihren Bedürfnissen die ihnen anvertrauten Aufgaben möglichst gut bewältigen können? Unter diesem Aspekt schauen wir auch Büroräume an. Die müssen zu den Menschen passen, die darin wirken, und zu den Tätigkeiten, die sich darin abspielen.

Das heisst wohl auch: Es lässt sich nicht ein- für allemal sagen, wie das ideale Büro aussieht, welches die beste Organisation und Gestaltung ist.

Genau das erkläre ich jenen, die jetzt verzweifelt nach dem Gral, nach der einzig richtigen

Lehre für Bürogestaltung suchen. Die gibt es nicht. Aber es gibt natürlich bestimmte Dinge, die man unbedingt vermeiden sollte, wenn man möchte, dass zufriedene, gesunde Mitarbeitende gute Leistungen erbringen.

Nämlich?

Untersuchungen zeigen übereinstimmend, dass Grossraumbüros mit mehr als 10 Personen schlecht für die Gesundheit sind, wenn keine Möglichkeit besteht, den Arbeitsplatz zu wechseln. Auch 4er-Büros können bereits kritisch sein, sofern alles – von Telefonaten bis zu Besprechungen – in dem einen Raum abgewickelt werden muss. Wenn zwischen 2 Personen die Chemie nachhaltig nicht stimmt, werden die auch im 2er-Büro nicht glücklich werden. Aber sogar Einzelbüros, so sehr sich viele Beschäftigte das wünschen, können problematisch sein. Zwar halten sich die Störungen in Grenzen – aber eben auch die Impulse. Man ist auch schneller isoliert.

Das könnte mit Veränderungen in der Arbeitswelt zu tun haben: Die Hierarchien werden flacher, die Zusammenarbeit projektbezogen, ...

... und der spontane Austausch spielt eine grössere Rolle. Einer solchen Arbeit werden eher jene Räume gerecht, die verschiedene Zonen für verschiedene Tätigkeiten aufweisen. Wo man also je nach Aufgabe und Bedürfnis seinen momentanen Arbeitsplatz wählt. Wir nennen das «mobil-flexibles Arbeiten». Solche Konzepte haben dann den grössten Nutzen, wenn den Beschäftigten zugestanden wird, auch mal unterwegs oder von zuhause aus tätig zu sein.

Lassen Sie mich gleich beim Homeoffice einhaken. Als Gewerkschafter bin ich da quasi von Berufs wegen dagegen, weil ich fürchte, dass wir dann die Menschen an ihren Arbeitsplätzen überhaupt nicht mehr erreichen. Aus meiner Sicht müsste allerdings auch das Unternehmen skeptisch sein. Denn 90 Prozent der wichtigen Informationen und ein Gefühl für den Geist einer Organisation hole ich mir ja auf dem informellen Weg.

Wir haben zum Homeoffice viel Forschung betrieben und einige schweizweite Studien gemacht. Daraus wissen wir, dass knapp 40 Prozent aller Erwerbstätigen anteilig zuhause oder unterwegs arbeiten. Wir wissen auch, dass knapp 70 Prozent sich genau das

wünschen. Bedürfnis und Realität klaffen also auseinander. Klar ist aber auch, dass wir beim Homeoffice immer nur über anteiliges Homeoffice sprechen. «Nach wie viel Zeit im Homeoffice möchten Sie in die Firma zurückkehren?», haben wir gefragt. Das Ergebnis liegt zwischen einem und anderthalb Tagen.

Hartmut Schulze leitet seit 2011 das Institut für Kooperationsforschung und -entwicklung an der Hochschule für Angewandte Psychologie FHNW und ist auch Mitglied der Leitung der Hochschule. Zuvor wirkte er im Bereich Arbeits-, Betriebs- und Umweltpsychologie an der Universität Hamburg und als wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Teamleiter bei der DaimlerChrysler AG, wo er sich unter anderem mit «Psychologie im Engineering» und mit Technischeinführung und deren Akzeptanz befasste.



Heute hier, morgen dort: Die Beschäftigten der Hochschule für Angewandte Psychologie ...

Nur die Sehnsucht nach dem Chef ist etwas weniger gross – den will man im Schnitt nach 5 Tagen wiedersehen, mit einer grossen Streuung in den Antworten. Als besonderer Vorteil des Homeoffice wird hervorgehoben, dass man mal unterbrechungsfrei am Stück arbeiten kann.

Die Arbeit von daheim aus wird ja gern als Wunderwaffe hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gepriesen. Geben Sie es zu: Dazu trägt das Homeoffice gar nichts bei! Wer ein leidendes Kind zuhause hat, wird ja eben gerade nicht ohne Störung arbeiten können ...

Ich würde nicht sagen, dass das Homeoffice überhaupt keinen Beitrag zur Vereinbarkeit leistet. Mobil-flexibles Arbeiten kann dabei helfen, die verschiedenen Sphären zu koordinieren. Aber es ist kein so starker Faktor wie viele denken. Weitaus bedeutender ist in diesem Zusammenhang, ob die Führungskraft Familienarbeit wertschätzt und bereit ist, auch Bedürfnisse, die aus Sorgearbeit entstehen, zu akzeptieren. Zeitliche Flexibilität hat eine starke Bedeutung für die Work-Life-Balance und bewirkt, dass man Stress besser aushält.

Der Gewerkschafter pflegt an dieser Stelle zu sagen: Diese Flexibilität muss eine gegenseitige sein. Häufig erleben wir, dass, wer «flexibel» sagt, einfach «grenzenlos verfügbar» meint. So werden Schwankungen im Arbeitsanfall auf die Beschäftigten abgewälzt.

Da stimmt Ihnen der Wissenschaftler durchaus zu. Wir unterscheiden ja 2 Formen von

Flexibilität: die vom Arbeitgeber verordnete und die vom Mitarbeiter selbstgewählte. Die letztere führt zu den genannten positiven Effekten auf die Gesundheit. Wenn ich einen Einfluss darauf oder eine Kontrolle darüber habe, wann und wo und wie lange ich arbeite, dann hat das einen gesundheits- und produktivitätsfördernden Effekt. Flexibilität ist demnach etwas, was der gegenseitigen Abstimmung und Aushandlung bedarf.

Mobil-flexibles Arbeiten bedeutet, dass man im Betrieb kein eigenes Territorium hat. Sie als Psychologe müssen es ja wissen: Lläuft das nicht der menschlichen Natur zuwider? Ich erlebe doch, wie Beschäftigte ihre

Gebiete markieren, mit dem Kaktus, mit der Garfield-Puppe, mit Familienfotos, mit dem Fussballkalender. Das fällt ja dann weg.

Es muss nicht vollständig wegfallen, aber es wird zugegebenermassen erschwert. Territoriale Bedürfnisse sind in verschiedenen Kulturen übrigens unterschiedlich ausgeprägt. Und auch die einzelnen Menschen unterscheiden sich stark. Wir haben Hinweise gefunden, dass eher introvertierte Typen stärker zur Personalisierung neigen als die eher kommunikativen. Das Bedürfnis nach Personalisierung kann aber auch anders umgesetzt werden als mit der Gestaltung der eigenen Arbeitsfläche oder Pinnwand. In manchen Büros findet man ein gemeinsames Board, wo jeder seine Familienfotos aufhängt. Oder es gibt Räume, deren Gestaltung man vollständig den Mitarbeitenden überlässt. Auch die eigene Kaffeetasse gehört dazu. An einigen Orten werden persönliche Gegenstände mit dem Caddy transportiert; vor Arbeitsbeginn wird dann erstmal das Arsenal von Familienfotos aufgebaut. Es gibt sogar begrünte Wägelchen, so dass alle ihre eigenen Pflanzen zu ihrem jeweiligen Arbeitsort rollen können.

Für viele gilt doch die Grösse des Büros oder des Schreibtischs als Statussymbol. Es soll ein möglichst grosser, möglichst leerer Schreibtisch sein ...

Auch die Statussymbole verändern sich. Ist es wirklich die Schreibtischfläche, die mir zeigt, wie viel ich der Firma wert bin? Gibt es nicht andere Dinge, an denen ich das merken kann?

... wählen ihren jeweiligen Arbeitsplatz je nach Laune und anstehender Arbeit aus.





Für Besprechungen zieht man sich in Boxen zurück, um die anderen nicht zu stören.

Die Grösse des Bildschirms vielleicht? Oder jene des Arbeitsspeichers?

Oder sind es sogar eher immaterielle Dinge? Etwa das Vertrauen, das mir der Arbeitgeber entgegenbringt – just indem er mir Freiheiten in Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitsgestaltung gewährt. Der Trend geht dahin, dass auch höhere Führungskräfte auf ihr eigenes Büro verzichten und «in die Fläche» gehen; oftmals ist ihnen dann ein Besprechungsraum zugeordnet, den sie mit erster Priorität nutzen können. Es gibt allerdings ein Element, das ich fast noch höher gewichten würde als den Wunsch nach einem selbstgestalteten Arbeitsbereich: das Bedürfnis nach Privacy. Das ist es ja auch, was im starren Grossraumbüro am meisten unter die Räder kommt. Egal, wie ich grad drauf bin und woran ich grad arbeite: Ich muss immer an diesem einen Platz sitzen und bin dort ausgestellt. Wir Menschen brauchen aber beides: die Möglichkeit, auf andere zuzugehen, und die Chance, uns auch mal zurückzuziehen. Der Wunsch, diese Faktoren selbst gestalten und variieren zu können, ist stark. Dafür brauche ich aber nicht ein Einzelbüro, sondern ausreichend Möglichkeiten, mich auch

mal «aus dem Verkehr zu ziehen». Manche Firmen haben dafür beispielsweise einen Gartenbereich; ich verstecke mich dann eben mal hinter einer Pflanze... Wenn ein Open-Space-Büro Antworten auf solche Fragen findet, dann wird es auch von den Mitarbeitenden anerkannt und als attraktiv erlebt.

Kurzer Wechsel in die Landwirtschaft. In der Rindviehhaltung kennen wir den Anbindestall und den Laufstall. Und vor dem Hintergrund der Hornkuhinitiative sagen uns jetzt die Bauern, dass letzterer nicht geht. Wenn die Kühe frei herumlaufen, müsse man ihnen die Hörner wegmachen. Sonst verletzen sie sich, weil sie andauernd damit beschäftigt sind, ihre Hierarchien zu klären. So etwas Ähnliches spielt sich doch dann auch im Open Space ab, oder nicht? Es gibt den beliebten Platz mit Alpenblick, wo immer die Schneider sitzt, und das Pult mit den zwei Bildschirmen ist dem Huber sein Stammplatz. Sind die heute nicht da? Wage ich's, mich da hinzusetzen? Oder kommen sie noch? Und was dann?

Solche Prozesse laufen natürlich oft subtil ab. Meine Erfahrung ist, dass man über einen längeren Zeitraum hinweg durchaus die Plätze wechselt. Aber es ist natürlich auch nicht

so, dass man jeden Tag einen anderen Platz wählt. Sehr wichtig ist, dass es bei Beginn eines solchen Experiments eine Policy gibt, eine Übereinkunft, die auch transparent dargestellt ist. Wir haben beispielsweise bestimmt: Es gibt keine festen Plätze. Für niemanden. Und das wird dann auch geteilt. Am Anfang gab es durchaus die Situation, dass jemand aufgeschreckt ist: «Jösses, ich sitz' an deinem Platz.» «Nein, nein, bleib nur, ich such' mir heut' was anderes», sagt dann die Kollegin. Die meisten haben vier, fünf Lieblingsplätze, die sie sich angeeignet, «ersessen» haben. Aber diese Inbesitznahme ist nicht materiell; es geht eher darum, dass ich weiss, wie sich der Blick und das Leben und die Geräusche der anderen von diesem oder jenem Ort aus ausnehmen. Solche Dinge geben Sicherheit. **Eine Problemzone dürfte der Bürostuhl sein. Ich jedenfalls rege mich jedes Mal auf, wenn ich merke, dass jemand an meinen in langen Jahren optimierten Einstellungen rumgeschraubt hat und rufe wie die 7 Zwerge: «Wer hat auf meinem Stühlchen gesessen?»**

Ja, die Stühle werden jeden Morgen angepasst. Wichtig ist daher, dass sie eine gute ergonomische Qualität haben und dass alle wissen,

welche 3 Hebel zur Einstellung es gibt. Eine Zukunftsvision wäre, dass man verschiedene Positionen speichern kann. Das eine gilt übrigens ganz allgemein: Die Qualität der Möbel spielt in einem flexiblen Büro eine viel grössere Rolle als bei nicht geteilten Arbeitsplätzen.

Ich beispielsweise kann meinen hässlichen Schreibtisch meist gar nicht sehen, weil er über und über mit Papier belegt ist.

Es gibt zwei Hauptargumente, mit denen sich Belegschaften zu Beginn gegen das Open-Space-Büro wehren. Erstens: «Ich muss sehr viel telefonieren.» Und zweitens: «Wo soll ich denn mit all meinen Sachen hin?» Schaut man genauer hin, ist das Telefonieren allerdings kein so grosses Problem wie häufig dargestellt. Ein grosser Teil der Gespräche ist kurz. Ein anderer steuerbar: *Ich* rufe an. Für die längeren eingehenden Telefonate braucht es Boxen in Sichtweite, wohin ich mich zurückziehen kann. Es gibt dazu verschiedene Möglichkeiten: Anrufe werden umgeleitet, oder es wird ohnehin mit Handys telefoniert.

Die Stadt Zürich hat angekündigt, bei Neubauten und bei grösseren Umstrukturierungen ebenfalls auf mobil-flexible Arbeitsformen zu setzen. Als Zielgrösse wurde genannt, dass pro Vollzeitäquivalent noch 0,9 Arbeitsplätze bereitgehalten werden.

Wenn mal alle kommen, haben sie

also keinen Platz. Und manchmal will man doch, dass alle da sind.

Studien zeigen, dass in herkömmlichen Büros 40 Prozent der Plätze nicht belegt sind. Egal, zu welchem Zeitpunkt man schaut. Natürlich ist manchmal Full House angestrebt – wir hier veranstalten beispielsweise jeden Monat ein informelles Kaffeetrinken mit möglichst vielen. Oder es gibt Institutssitzungen oder Kolloquien für den fachlichen Austausch. Dazu braucht es Drop-down-Arbeitsplätze. Das heisst: Alle haben einen Platz an Tischen oder in Boxen, wenn auch vielleicht keinen vollumfänglich ausgestatteten Arbeitsplatz. 0,9 ist dabei noch ein hoher Wert. Viele Multi-Space-Betriebe liegen weit darunter. Wir wissen aber, dass die öffentlichen Verwaltungen punkto Flexibilität noch etwas Rückstand haben. Ich selbst begleite mit meinem Team im Kanton Solothurn einen Bereich, der sich ebenfalls in diese Richtung entwickeln möchte. Gerade bei öffentlichen Arbeitgebern ist das auch für die Führungskräfte eine Herausforderung.

Die sitzen dann unter ihrem Fussvolk...

... und müssen sich überlegen: Wie und wo bespreche ich diese oder jene diffizile Angelegenheit? Und wie halte ich den Kontakt aufrecht, wenn man sich nicht so häufig sieht?

Und die Untergebenen müssen abwägen, ob sie jetzt, in Anwesenheit der Chefin, diesen oder jenen Witz riskieren.

Ich stimme zu, dass das keine trivialen Fragen sind. Das Verhalten in solch offenen Zonen muss gelernt werden. Es braucht – was häufig unterschätzt wird – Schulung, Kompetenzen, Regeln.

Aber bedeutet das nicht, dass ein 500-seitiges Gesetzbuch entsteht? Ich sage dann zur Kollegin: «Gemäss Artikel 10 Absatz 7 Buchstabe f darfst du hier gar nicht telefonieren.» Und sie zu mir: «Und du darfst hier allenfalls Gipfeli essen, aber sicher keinen Hamburger mit Sauce. Siehe Artikel 17 Absatz 3.»

Man benötigt kein ausführliches, aber ein klares Regelwerk, in dem auch die Ziele und Visionen beschrieben werden. Zumal am Anfang. Das wünschen sich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Je erfahrener die Belegschaften sind, desto vager werden die Regeln. Wichtig ist generell, dass die Beschäftigten eingebunden sind. Sie müssen mitreden können – und zwar nicht einmalig, sondern dauerhaft. Denn das Wesen – und ein grosser Vorteil – solcher Systeme liegt darin, dass sie immer wieder angepasst werden können. Das ist nicht das Büro Nummer 17 bis zur Rente. Sondern das lässt sich immer wieder überprüfen und auf neue Bedürfnisse adaptieren. Mobil-flexible Arbeitsweisen fangen damit den steten technischen, betrieblichen und menschlichen Wandel besser auf als jedes starre System.

Mobil-flexibles Arbeiten verlangt nach Regeln, die von allen geteilt werden.



Ein Gespräch mit Carmen Greutmann über das Design von Arbeitsumgebungen und -utensilien

Gestalten heisst Zuhören

Beschäftigte haben wenig Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeitsplätze. Wie finden unsere Wünsche und Bedürfnisse Eingang ins Schaffen einer Designerin? Das VPOD-Magazin sprach mit Carmen Greutmann.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: zVg)

Platz ist der wahre Luxus. Beim Besuch bei Greutmann Bolzern Design am Zürcher Sihlquai wird das klar: Auf 300 Quadratmetern finden sich hier grosszügige Arbeitsflächen, Modelle und Prototypen, Regale voll mit Büchern und Kunst, dazu Tischfussball- und Flipperkasten. Gelegentlich trifft man auch auf Leute, vorzugsweise auf Urs oder Carmen Greutmann, die zu den angeseheneren Designern im Land gehören. Potente Auftraggeber wie Sunrise oder Credit Suisse lassen von ihnen Bürolandschaften gestalten.

Ohren gespitzt im Treppenhaus

High-End-Produkte für High-End-Kundschaft? Nun ja: Es arbeiten darin oder damit auch Normal- und Geringverdienende – spätestens wenn am Ende des Tages die Reinigungskraft auf den Plan tritt. Wie geht man als Gestalterin vor, um die Bedürfnisse derjenigen abzuholen, die schliesslich mit den Objekten zu tun haben? «Am Anfang steht», so Carmen Greutmann, «ein Auftrag, der von der Unternehmensspitze ausgeht.» Aber gerade bei der Gestaltung von Büroräumen ist es wichtig, die genauen Tätigkeiten und Abläufe des Betriebs kennenzulernen. Und das Feinstoffliche zu erspüren. Und solche Dinge fängt man eher auf tieferen Hierarchiestufen ein. Oder informell, im Treppenhaus.

Offenbar sind viele Unternehmen mit falschen Vorstellungen unterwegs, wenn sie ihre Belegschaften in flexible offene Bürolandschaften umsiedeln wollen. «Obwohl damit unser Gestaltungsspielraum eingeschränkt wird, bin ich froh über alle Seco-Verordnungen und -Wegleitungen, die Mindestanforderungen – etwa hinsichtlich der Fläche – definieren.» Und dann ist es mit schönen und ergonomischen Bildschirmarbeitsplätzen auch nicht getan. Für konzentrierte Kopfarbeit braucht es Rückzugsmöglichkeiten, für Sitzungen und «Stehungen» aller Art und Grösse Kabinette. Ein zentrales Thema ist die Gestaltung der Pausenumgebung. Damit lassen sich, wie Carmen Greutmann verrät,

auch Belegschaften für Veränderung gewinnen, die anfangs unwillig waren. Projekte wie «Kräutergarten» oder «Ansiedelung von Wildbienen» können die Wende bringen.

Wo der Schreibtisch nicht mehr fix zugeteilt ist, gilt es auch dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten ihr Material und ihre persönlichen Siebensachen unterbringen und transportieren können. Für Carmen Greutmann war das der Startschuss dazu, den guten alten Fabrikspind aus der Versenkung zu holen, ihn neu zu designen und «Locker» zu taufen. 1650 Post-Angestellte erhielten im Berner Wankdorf nicht nur neue – flexible – Arbeitsplätze, sondern auch die schicke Tasche dazu, in der nicht ganz zufällig die Tastatur, das Laptop und die persönliche Arbeitsmappe Platz haben. (Ebenso wenig zufällig: Der Streifen auf der Tasche ist *gelb*.)

Messer in der Luft

Angesichts der zahlreichen Gegebenheiten, zu denen eben auch das festgelegte Erscheinungsbild zählt, lässt sich mit Fug und Recht fragen, wo dann die Designerin eigentlich noch tätig werden kann. Carmen Greutmann sieht jedoch genau in diesem schmalen Wirkungsfeld das Wesen ihrer Profession (und den Unterschied zur freien Kunst). Beispiel: Für die Gestaltung des neuen First-Class-Geschirrs der Swiss bestanden zahlreiche Sachzwänge punkto Gewicht, Material und Abmessung. Womit machen die einzelnen Teile trotzdem klar, dass sie zu *einer* Familie gehören? Und wie wird dem Sektglas die Anmutung eines Sektglases verliehen, obwohl es gleich hoch und gleich breit ist wie das Weinglas? Auch das Messer soll wie ein Messer in der Hand liegen – und muss doch so beschaffen sein, dass man damit a) kein Flugzeug entführen und b) wegen der Platzverhältnisse relativ senkrecht und körpernah ein Pouletbrüstli zerteilen kann. Als gestalterisches Thema dienten Elemente der Aviatik. Etwa der Knick nach oben, den heutige Flugzeugflügel aufweisen. Und die «Farbe» Weiss.



Carmen Greutmann gestaltet nicht nur «schöne» Dinge, sondern solche, die sich im Alltag und bei den Nutzerinnen und Nutzern bewähren.

Was ist gutes Design 2018? Unpraktisches geht sicher nicht als solches durch. Allerdings gilt der Umkehrschluss nicht, wonach Alltagstauglichkeit automatisch zu ästhetischer Befriedigung führt. Dogmatischer Verzicht auf Dekor oder Spielerei ist mit diesem Ansatz keineswegs verbunden; wir sind hier ja nicht im Bauhaus. Auch in einem anderen Punkt ist Carmen Greutmann jede Orthodoxie fremd: Dass belebtes und angewandtes Design nach ein paar Jahren nicht mehr aussieht wie am ersten Tag, sondern von den Nutzerinnen und Nutzern adaptiert, angepasst, «verschönert» wurde, ist nicht nur akzeptabel, sondern willkommen.

Das Bundesverwaltungsgericht akzeptiert Unverträglichkeit – Homeoffice hätte ausprobiert werden müssen

Zu sensibel für den Grossraum

Eine Bundesangestellte sah sich – ärztlich bestätigt – ausser Stande, ganze Arbeitswochen im Grossraumbüro zu verbringen. Das Bundesverwaltungsgericht gab ihr Recht: Man hätte die Variante Homeoffice mindestens prüfen müssen. | Text: Christoph Schlatter (Foto: lechatnoir/iStock)



Der Arbeitgeber hätte zumindest ausprobieren müssen, ob Frau A. ihre Arbeit teilweise im Homeoffice erledigen kann, sagt das Bundesverwaltungsgericht.

Mitarbeiterin A. stand schon über 7 Jahre in den Diensten des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation BIT. Seit April 2013 war sie Sachbearbeiterin im 80-Prozent-Pensum. Mit einem Umbau im Sommer 2014 verschwanden sämtliche Kleinbüros. Neu sollte die Arbeit in Grossraumbüros erledigt werden; sogenannte Think-Tanks (zur exklusiven Nutzung für maximal 4 Stunden) und Flexdesk-Zonen (zur gemeinschaftlichen Nutzung mit wenigen Arbeitsplätzen) standen zur Verfügung. A. hielt diese Situation nicht aus. Und ihre Ärztin bescheinigte ihr, dass sie zu jenen 20 Prozent der Bevölkerung gehöre, die eine «hohe Sensibilität» gegenüber Störungen aufweisen. Auch der vom BIT herangezogene ärztliche Dienst bestätigte, dass A. eine ruhige Arbeitsumgebung benötige. Ansonsten drohten gesundheitliche Probleme.

«Mangelnde Tauglichkeit»?

Die Prognose war richtig: Im Sommer 2015 wurde A., weil sich nichts an der Situation änderte, arbeitsunfähig – und blieb dies für längere Zeit. Der BIT-Arzt bekräftigte, die Wiederaufnahme der Arbeit komme dann in Frage, wenn für A. eine ruhige Ar-

beitsumgebung bereitgestellt werden könne – also ein Kleinbüro, möglichst in Kombination mit teilweiser Arbeitserledigung im Homeoffice. Auch 2 Tage im Grossraumbüro und 2 Tage im Homeoffice erschienen als zumutbar. Ein Kleinbüro sei aus baulichen, Heimarbeit aus betrieblichen Gründen unmöglich, entgegnete das BIT. Im Sommer 2016, nach rund 13 Monaten Arbeitsunfähigkeit, erfolgte die Entlassung mit ordentlicher – 3-monatiger – Frist.

A. verlangte Erstreckung. Das BIT war dagegen: Einen Anspruch auf eine Homeoffice-Lösung gebe es nicht. Und zu baulichen Sonderlösungen für Mitarbeitende mit Sonderwünschen sei man ebenfalls nicht verpflichtet. Demnach musste das Bundesverwaltungsgericht entscheiden. Dieses hielt fest, dass das Bundespersonalgesetz die Kündigung des unbefristeten Arbeitsverhältnisses an sachliche Gründe knüpft. Zu diesen gehört die «mangelnde Tauglichkeit», die aber, wenn eine Krankheit dafür die Ursache ist, erst nach 2 Jahren Arbeitsunfähigkeit Anlass zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses geben darf. Der Arbeitgeber muss seinerseits versuchen, den «Mangel» durch Massnah-

men zu beheben, ja er muss alle sinnvollen und zumutbaren Möglichkeiten zur Wiedereingliederung ausschöpfen. Und genau hier setzt das Bundesverwaltungsgericht an.

Artikel 6 des Arbeitsgesetzes verpflichtet den Arbeitgeber, die Gesundheit seiner Beschäftigten zu schützen und dafür alles zu tun, was «nach der Erfahrung notwendig, nach dem Stand der Technik anwendbar und den Verhältnissen des Betriebes angemessen» ist. «Arbeit und Arbeitsbedingungen sind dem Menschen anzupassen und nicht umgekehrt.» Auch die bauliche und organisatorische Situation muss also stimmen. Das Gericht geht davon aus, dass vorliegend das Grossraumbüro *per se* den Anforderungen an den Gesundheitsschutz genügt, und es räumt ein, dass man vom Arbeitgeber schwerlich verlangen könne, dass er extra für A. ein 2er-Büro schaffe: «Eine solche räumliche Sonderlösung wäre unverhältnismässig.»

Kündigungsgrund entfällt

Richtig sei auch, dass auf Homeoffice kein Anspruch bestehe. Aber im vorliegenden Fall wäre das Homeoffice ja auch gar kein Anspruch gewesen, sondern eine Massnahme zum Zwecke der Wiedereingliederung. Und als solche hätte es zumindest ausprobiert werden müssen, sagt das Bundesverwaltungsgericht. Bei seiner Kündigung habe das BIT noch nicht alle Möglichkeiten der zumutbaren Weiterbeschäftigung ausgeschöpft gehabt; die Annahme «mangelnder Tauglichkeit» war also nicht zulässig, und der sachlich hinreichende Grund für die Kündigung entfiel. 6 Monatslöhne mussten A. nachbezahlt werden.

24-Stunden-Betreuung: Warten auf Fairness

Eine Rund-um-die-Uhr-Betreuerin erhält vor Gericht Recht – und kann sich trotzdem (noch) nicht richtig freuen. Die VPOD-Kollegin hatte im Sommer 2013 in einem Dokumentarfilm des Schweizer Fernsehens und in mehreren Zeitungsartikeln ihre Arbeit als Langzeitbetreuerin in Privathaushalten geschildert. Auch ihr gewerkschaftliches Engagement wurde thematisiert. Unmittelbar danach wurde sie von ihrem Arbeitgeber, einer privaten Basler Spitexfirma, entlassen. Der VPOD erkannte darin eindeutig eine missbräuchliche Kündigung und zog vor Gericht. Weitere Forderungen betrafen die Nachzahlung nicht gewährter Sonntagszuschläge. Auch Lohn für die Freistellung während der Kündigungsfrist bleibt aus VPOD-Sicht geschuldet.

4 Jahre später kam das Basler Zivilgericht zum aus Gewerkschafts-sicht erfreulichen Urteil, dass die Kündigung tatsächlich unrechtmässig war. Die Carearbeiterin habe mit der Teilnahme am Dokumentarfilm lediglich ihre verfassungsmässigen Rechte ausgeübt, gegen die Treuepflicht habe sie damit nicht verstossen. Das Gericht verfügte eine Entschädigung für die missbräuchliche Kündigung von 4 Monatslöhnen sowie die Nachzahlung des Lohns für die Freistellung und der ausstehenden Sonntagszuschläge.

Für den VPOD ist dieses Urteil sehr wichtig. Es ist ein deutliches Signal, wonach Betreuerinnen in Privathaushalten wie alle anderen Arbeitnehmenden sich öffentlich zu ihrer Arbeit äussern dürfen, ohne dafür abgestraft zu werden. Und es ist ein Wink an Spitexfirmen,



Auch 24-Stunden-Betreuerinnen dürfen öffentlich über ihre Arbeit sprechen.

die 24-Stunden-Betreuerinnen angemessen zu entgelten. Die Kantone sind aufgefordert, die Betreuung zuhause endlich verbindlich zu regeln. – Ende gut, alles gut? Leider nein: Die Privatspitexfirma bleibt uneinsichtig und zieht den Fall ans Appellationsgericht. Das Warten auf Fairness geht also weiter. | *Elvira Wiegers, VPOD-Zentralsekretärin* (Foto: *Highwaystarz-Photography/iStock*)

Susi Stühlinger Doris und die Detektive

Du solltest auf dich achtgeben, sagt Doris. Wie meinst du das, fragt Koni. Dein Lebensstil, sagt Doris, das ist doch nicht gesund. Was weisst du schon, brummt Koni. Ich habs doch genau gesehen, sagt Doris. Zwei Gipfel zum Frühstück, dann eine Crèmeschnitte zum Znüni, am Mittag eine Take-Away-Pizza. Und jetzt schon das vierte Bier. – Koni: Spionierst du mir etwa nach? Geht's noch? Das ist doch krank! – Doris: Krank wirst du, wenn du weiter so ungesund lebst. Überdies spioniere ich gar nicht, aber wer ein Lädeli an zentraler Lage hat, dem entgeht nunmal kaum etwas. – Da bist du ja offensichtlich arg beschäftigt. Und überhaupt, was geht dich das eigentlich an? Gute Frage von Koni. Was geht Doris das an? Wen überhaupt geht es etwas an?

Nahezu mit Überschallgeschwindigkeit hat das Parlament unlängst eine Gesetzesänderung verabschiedet, die es künftig sogenannten «Sozialdetektiven» erlauben soll, angebliche Missbräuche beim Bezug staatlicher Leistungen mittels Ton- und Bildaufnahmen, GPS-Trackern und Drohnen aufzudecken, fast alles davon einfach so, ohne vorgängigen richterlichen Beschluss.

Von Sherlock Holmes über die drei ??? bis zu Miss Marple: In der Literatur, in Film und Fernsehen geniessen Detektive durchwegs Sympathie. Sie sind hartnäckig, unkonventionell und leicht verschroben – aber auf jeden Fall auf der Seite der Guten. Im echten Leben sind sie das nicht. Sie sind die Erfüllungsgehilfen von Versicherungsgesellschaften und Behörden, letztere wiederum stehen unter der Knute einer bürgerlich dominierten Politik und des von ihr auferlegten Spardrucks. Deshalb, finde ich, sollten die jüngst legalisierten Überwacherinnen und Überwacher nicht mit dem – zumindest unter Krimi-Liebhaberinnen wie mir positiv konnotierten – Begriff «Detek-

tive» tituliert werden, sondern treffender, als das, was sie wirklich sind: Spitzel.

Es geht nicht darum, Missbräuche in Millionenhöhe – wie von der Suva geltend gemacht – aufzudecken oder denselben vorzubeugen. Missbräuche des Steuersystems verursachen weit grössere finanzielle Verluste, dort hingegen ist eine derartige Überwachung oder nur schon allzu genaues Hinschauen unerwünscht. Ziel der jüngsten Gesetzesrevision ist vielmehr,

den Weg für weitere Leistungskürzungen zu bereiten. Und zwar für alle Versicherten. Vom massiven Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen einmal abgesehen: Die Neuerung betrifft nicht nur Sozialhilfe und IV. Die Ansiedelung der Überwachung im allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts lässt ebendiese für sämtliche unterstellten Versicherungszweige – zum Beispiel die allgemeine Krankenversicherung – zu. Auszumalen, wohin das führt, überlasse ich an dieser Stelle gerne Ihnen, liebe Leserinnen und Leser.

Vielleicht sollten sich die Versicherer an Doris wenden, wenn sie entsprechendes Personal benötigen. – Es geht mir doch nur um dein Wohlergehen, sagt diese just in diesem Moment. Dann erzähls doch meiner Krankenkasse, brummt Koni, das macht mir keine Angst. Wo denkst du hin, sagt Doris, ich erzähls deiner Frau. Koni erlebicht.



Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.



Frauenprotest in Santiago di Compostela.

Spaniens Frauen rebellieren

Der 8. März brachte in Spanien einen Frauenstreik mit riesigen Frauendemonstrationen in den Grossstädten. In Madrid war 1 Million Frauen auf der Strasse, in Barcelona waren es 600 000; über das ganze Land hinweg waren mehr als 5 Millionen Frauen beteiligt. Der

Streik manifestierte sich auch in Aktionen in den Quartieren, an Schulen und in den Betrieben. Im TV fielen Sendungen aus. (Unter die Streikenden mischte sich auch die erste Frau im Staat: Königin Letizia. Vermutlich werde es trotzdem nicht König Felipe sein, der abends die königliche Spülmaschine ausräumte, twitterte einer.) Nach einer Umfrage sehen 82 Prozent der Spanierinnen und Spanier den Frauenstreik im Land des Machismo als legitim an. Die traditionellen politischen Akteure – namentlich die Gewerkschaftszentralen – standen diesmal nicht im Zentrum. Sie scheinen vom Ausmass der Mobilisierung eher überrascht worden zu sein. | *vpod* (Foto: Keystone)

Vereint gegen Wasserprivatisierung

Das Weltwasserforum – Ende März in Brasilia zum 8. Mal – ist eng mit Grosskonzernen verbunden – etwa Nestlé, Veolia und Suez. Zahl-

reiche NGO und Gewerkschaften, darunter die öffentliche Internationale PSI, haben zu einem Gegenforum aufgerufen: 7000 Gewerkschaftlerinnen, Landlose, Fischer und Kleinbäuerinnen kamen zusammen. Sie berichteten von ihrem Kampf gegen Privatisierung – und gegen Bergbau- und Staudammprojekte, die der Bevölkerung buchstäblich das Wasser abgraben. Seit der Absetzung von Präsidentin Rousseff treibt auch Brasilien die Privatisierung voran: Nestlé und Coca-Cola verhandeln mit Präsident Temer über die Kontrolle der Wasserreserven. Es gab aber auch positive Berichte: Im griechischen Thessaloniki wurde die Privatisierung der Wasserversorgung verhindert. David Boys vom PSI sieht sogar einen weltweiten Trend zur Wiederverstaatlichung privatisierter Wasserwerke. Die Schlussklärung hält fest: Wasser ist keine Ware und darf nicht privatisiert und nicht vermarktet werden. Es gehört allen. | *Yvonne Zimmermann, Solifonds*

Wirtschaftslektion Drei Schritte rauf, zwei runter

Wer die Wissenschaft für einen glaubensfreien Raum hält, irrt. Gerade in der Ökonomie wimmelt es von Glaubenssätzen mit zum Teil zweifelhaftem empirischem Gehalt. So gab es die Vorstellung (und in manchen Köpfen gibt es sie noch immer), dass eine natürliche Arbeitslosenquote existiert, zu welcher die Wirtschaft nach Rezessionen automatisch zurückkehrt. Will heissen: Zwar steigt in einer Rezession die Arbeitslosigkeit, aber die Marktkräfte sorgen dafür, dass die Entlassenen im Aufschwung sofort wieder einen Job gleicher Qualität finden, so dass der mittelfristige Wachstumspfad der Wirtschaft nicht beeinträchtigt wird. In einer solchen Welt gibt es keine Notwendigkeit für staatliche Interventionen in den Wirtschaftsverlauf.

Das Problem: Eine solche Welt existiert nicht. Wer im Abschwung seinen Job verliert, erleidet nicht nur einen temporären Einkommensverlust. Hinzu kommen unter Umständen psychische Probleme, der Verlust sozialer Bindungen, eines geregelten Tagesablaufs sowie von betriebspezifischem Wissen – die Ökonomie nennt dies «Verlust an Humankapital». Auch die

Schliessung von Betriebsstätten, die unter normalen wirtschaftlichen Bedingungen profitabel sind, reduziert das Produktionspotenzial der Wirtschaft nachhaltig.

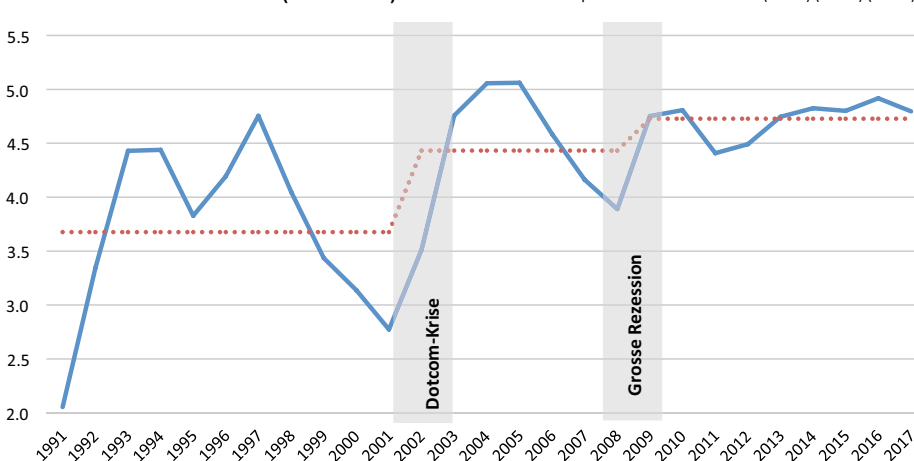
All diese Faktoren wirken sich auch langfristig negativ auf die Beschäftigungschancen und das Einkommen derjenigen aus, die im Abschwung ihre Stelle verloren haben. Man nennt das Phänomen, für das es mittlerweile viel empirische Evidenz gibt, «Hysterese». So wurde für die USA gezeigt, dass die Beschäftigungschancen von Arbeitnehmenden, die von der grossen Rezession 2008 besonders betroffen waren, auch im Jahr 2015 noch deutlich niedriger waren als diejenigen vergleichbarer Arbeitnehmender.

Warum ist das relevant? Weil es bedeutet, dass die Wirtschaftspolitik in Rezessionen alles unternehmen muss, um Arbeitslosigkeit zu verhindern oder einzudämmen. Mögliche Massnahmen reichen von einer staatlichen Stützung der Konjunktur über den erleichterten

Bezug von Kurzarbeit bis hin zu Währungsinterventionen durch die Zentralbank. Ansonsten droht eine Verstetigung der Arbeitslosigkeit über den eigentlichen Wirtschaftseinbruch hinaus.

Spezielle Sorge bereitet der Blick auf die Entwicklung in der Schweiz (siehe Grafik): Die grösseren Krisen der letzten Jahre erhöhten die Arbeitslosigkeit nicht nur temporär, sondern längerfristig. Die Quote sank nach jeder Krise nicht auf den Ausgangswert von vor der Krise zurück. Für den Anstieg am aktuellen Rand ist die Geldpolitik der SNB mitverantwortlich. Gerade angesichts der Hysterese-Gefahr müsste diese jedoch alles unternehmen, um die Überbewertung des Frankens (weiter) zu reduzieren. | *Daniel Kopp, MTEC ETH Zürich*

Erwerbslose in der Schweiz (in Prozent)



Bundesligasponsor im Abseits

Der deutsche Herrenbekleider Roy Robson geht im türkischen Izmir hart gegen Gewerkschaften vor. Wer dem Textilarbeiterverband Teksif beitrifft, wird entlassen. 2018 traf es schon 11 Beschäftigte. Roy Robson ist hierzulande bekannt als Sponsor: Er versieht die deutschen Fussball-Bundesliga-Mannschaften Wolfsburg und Bremen mit schicken Ausgehanzügen. Der internationale Textilarbeiterverband IndustriAll hat eine Kampagne gegen dieses Gebaren gestartet. | slt

Ermütigung aus West Virginia

Mit einem 9-tägigen Streik haben die Lehrerinnen und Lehrer im US-Bundesstaat West Virginia substanzielle Verbesserungen erreicht. West Virginia ist Trump-Land und kennt gewerkschaftsfeindliche «Right to Work»-Gesetze. Trotzdem gelang es durch den Ausstand von gegen 20 000 Lehrkräften,

5 Prozent mehr Lohn durchzusetzen. In Oklahoma, Kentucky und Arizona will man dem Beispiel folgen. | slt (Foto: Keystone)

AHV wieder nach Kosovo

Der Bundesrat hat ein neues Sozialversicherungsabkommen mit dem Kosovo verabschiedet. Mit der Ratifizierung ist dann der Weg wieder frei für eine ordentliche Auszahlung der Renten an Menschen mit Wohnsitz im Kosovo. Die Aussetzung des früheren Abkommens 2010 stürzte Tausende kosovarische Pensionierte in Unsicherheit. | unia/slt

In Dänemark droht Aussperrung

Bei den Verhandlungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit den Arbeitgebern in Dänemark ist es zu einer Eskalation gekommen, obwohl die Differenzen anfänglich nicht unüberbrückbar schienen: Die Arbeitnehmerseite fordert 8 bis 9 Prozent mehr Lohn, die



Lehrerprotest in Charleston (West Virginia).

Arbeitgeber wollen 6 Prozent gewähren. Auch die Arbeitszeit der Lehrkräfte ist umkämpft. Eine Warnstreikdrohung der Gewerkschaften beantworteten die Arbeitgeber mit der Ankündigung einer Aussperrung, von der eine Mehrzahl der öffentlich Beschäftigten betroffen sein könnte. Der EGÖD ist besorgt. | slt/egöd

Wer war's? Torten

Kleine Tortenkunde. Zu den weltweit bekanntesten Vertreterinnen der Gattung gehören wohl jene aus Österreich, zum Beispiel die Sacher- und die Esterhazy-Torte. Die Linzer Torte, zwar eher kuchenähnlich, ist sogar die älteste Torte der Welt. Das älteste Rezept dazu stammt aus dem Jahr 1653 – aus einem Kochbuch mit dem schön handlichen Titel «Buech von allerley eingemachten Sachen, also Zugerwerckh, Gewürtz, Khütten und sonsten allerhandt Obst wie auch andere guett und nützlich Ding etc. durch die Frau Anna Margarita Sagramosin, geborne Gräffin Paradeiserin, mit grossen Fleiß Mühe Arbeit wie Unkosten vil Jar nach einander zusammen geklaubt und beschreiben lassen».

Deutschland steuerte die Schwarzwälder Kirschtorte und den Frankfurter Kranz zum Welterbe bei; die bedeutendsten Schweizer Beiträge sind die Bündner Nuss- und die Zuger Kirschtorte, wobei letztere besonders gut durch die Gurgel rutscht, wenn man die Torte weglässt. Aber allmählich sollten wir mal zum Kern des Rätsels vordringen. Und kommen dabei von der Torte auf das Tortendiagramm. Die Frau, die wir suchen, wird gelegentlich als dessen Urheberin genannt, was nicht ganz präzise ist.

Als eigentlicher Erfinder dieser Darstellungsform (bzw. des Kreisdiagramms) ist nämlich der schottische Ingenieur William Playfair identifiziert, der 1801 in einem statistischen Jahrbuch die Verteilung des Türkischen Reichs auf die Kontinente dergestalt aufbereitete. Überhaupt ist Playfair berühmt für das, was man heute Infografik nennt. Auch das erste Balkendiagramm der Weltgeschichte geht auf ihn zurück: Es stammt aus einem 1786 erschienenen Werk und zeigt die Importe und die Exporte Schottlands nach Umfang und nach Ländern.

Wenn also die heute Gesuchte weder das Kreis- noch das Balkendiagramm erfunden hat, was hat sie dann je für uns getan? Offenbar war sie die erste, die das sogenannte Polar-Area-Diagramm anwandte, eine Sonderform des Kreisdiagramms, bei dem die einzelnen Sektoren zugleich unterschiedliche Radien aufweisen. Diese Form der Darstellung eignet sich für zyklische Phänomene. Und Frau X. benutzte sie, um

die Mortalität im Krimkrieg in den Jahren 1856 bis 1858 aufzuzeigen: die an Infektionskrankheiten Verschiedenen, die auf dem Schlachtfeld Getöteten und die aus anderen Gründen Verstorbenen.

Jetzt sind wir schon näher an der Sache dran. Denn das Lebenswerk der Zielperson hat mit dem genannten Krieg auf der genannten Halbinsel zu tun. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass sie einen Beruf regelrecht erfunden – jedenfalls als eigenständige Profession etabliert – hat. Für einen grossen Teil der VPOD-Mitgliedschaft ist jetzt alles Notwendige gesagt. Die anderen müssen vielleicht noch ein bisschen googeln, ehe sie den Lösungsnamen auf eine Postkarte schreiben, die sie dann mit folgender Adresse versehen: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Bir-mensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. Was richtig ist und bis am 24. April hier eingeht, kommt in den Korb, aus welchem die Glücksfee drei Karten zieht. Gewinnen lassen sich Büchergutscheine zu 100, zu 50 und zu 20 Franken. | slt

Es war Mikis Theodorakis

«Mikis Theodorakis, der alternde Volksheld und Komponist, ist der Hauptredner auf dem Syntagma-Platz», berichtet die NZZ (5.2.). Leider nicht bei einer Kundgebung gegen den Ausverkauf des Service public, der in Griechenland gerade von einer linken Regierung betrieben wird. Die «Brandrede gegen den Verrat durch die «linken Faschisten» richtet sich vielmehr gegen den «Diebstahl Mazedoniens»: Die Demonstrierenden wollen nicht zulassen, dass das nördliche Nachbarland gleich heisst wie eine griechische Provinz. Komisch: Baden-Württembergs Schwaben haben mit dem gleichnamigen bayrischen Regierungsbezirk keine Mühe; ebenso wenig die Schweizer Jurassierinnen mit dem französischen Departement Jura. Aus den richtig beschrifteten Postkarten zupfte die Unbestechliche diejenigen von Alfred Saam (Arbon), Annemarie Fischer (Bern) und Vroni Urech-Lutz (Altnau) hervor. Bravo! Büchergutscheine sind unterwegs. | slt

Kanton Aargau

Aarau, Dienstag, 1. Mai

16.30 Uhr Besammlung auf dem Holzmarkt (beim Graben). 16.55 Uhr Umzug. Moderation Renato Mazzocco (Sekretär Aarg. Gewerkschaftsbund, Aarau). 17.30 Uhr Ansprachen Rebekka Wylér (Generalsekretärin SP Schweiz, Erstfeld), Gabriela Medici (Zentralsekretärin SGB, Zürich) und Mia Jenni (Co-Präsidentin Juso Aargau). Ab 16 Uhr Festwirtschaft beim Holzmarkt mit Info- und Marktständen und der Pamplona Grup (Musik aus dem wilden Osten).

Baden, Dienstag, 1. Mai

Ab 12 Uhr auf dem Bahnhofplatz. 13 Uhr Begrüssung und Moderation Florian Vock (Präsident 1.-Mai-Komitee, Baden). Ansprachen Mattea Meyer (Nationalrätin SP, Zürich) und Dilan Gül (Unia-Sekretärin Region AG-Nordwestschweiz). Bis 18 Uhr Festwirtschaft mit Tommy V. und der Otrava Band (Klezmer & Gipsy).

Beinwil am See, Montag, 30. April

Ab 18 Uhr in der Waldhütte. Moderation Roman Merz (Präsident SP Bezirk Kulm, Zetzwil). Ansprachen Yvonne Feri (Nationalrätin SP, Wettingen) und Anna Leon (Unia-Sekretärin Region AG-Nordwestschweiz). Festwirtschaft mit Musik (Blues-Tinu's Triple Trouble).

Brugg, Dienstag, 1. Mai

Ab 17 Uhr im Odeon. Begrüssung und Moderation Sacha Schenker (Co-Präsident SP-Bezirk Brugg, Bözberg). Ansprache Paola Gallo (Geschäftsleiterin Surprise, SP, Basel). Festwirtschaft mit Spoken-Word-Künstler Renato Kaiser.

Lenzburg, Dienstag, 1. Mai

Ab 17 Uhr auf dem Metzplatz. Moderation Aurel Gautschi (Juso Aargau, Lenzburg). Ansprachen Sandro Covo (Co-Präsident Juso Aargau) und Claudia Rohrer (Grossrätin SP, Rheinfelden). Bis 20 Uhr Festwirtschaft mit Musik (Blues-Tinu's Triple Trouble).

Muri, Dienstag, 1. Mai

Ab 17.30 Uhr im Kirchengemeindehaus der reformierten Kirche. Begrüssung Peter Hauser (Präsident SP Bezirk Muri). Ansprachen Gabriela Suter (Grossrätin SP, Aarau), Colette Basler (Grossrätin SP, Bäuerin, Zeihen) und Dieter Egli (Co-Präsident SP-Grossratsfraktion, Windisch). Festwirtschaft mit Musik.

Rheinfelden, Dienstag, 1. Mai

Ab 11.30 Uhr Festbetrieb im Rumpel, Clublokal Colonia Libera. 12.45 Uhr Demonstrationszug zur Schifflände. Treffen mit den deutschen Kolleginnen und Kollegen zum Apéro 13 Uhr bei der Schifflände. Moderation Rolf Schmid (Präsident SP Bezirk Lauenburg). Ansprachen Peter Koller (Grossrat SP, Rheinfelden), Katrin Distler (DGB, Präsidentin Interregionaler Gewerkschaftsrat). Ab 15 Uhr Ansprachen im Rumpel Corinne Schärer (Gleichstellungsbeauftragte GL Unia Schweiz, Bern) und Claudia Rohrer (Grossrätin SP, Rheinfelden). Bis 20 Uhr Festbetrieb im Rumpel. Enzos Spaghetti und Unterhaltung mit Donato.

Zofingen, Dienstag, 1. Mai

Ab 16 Uhr in der Markthalle. Moderation Viviane Hösli (Geschäftsführerin ArbeitAargau, Grossrätin SP, Zofingen). Ansprachen Irène Kälin (Präsidentin ArbeitAargau, Nationalrätin Grüne, Oberflachs), Urs Hofmann (Regierungsrat SP, Aarau) und Urban Zimmerli (ehemaliger Lokführer, Aarburg). Festwirtschaft mit Musik (The Underfield Stompers).

Kanton Basel-Landschaft

Liestal, Dienstag, 1. Mai

13.30 Uhr Besammlung beim Bahnhof. Demonstrationszug via Poststrasse, Rathausstrasse zum Zeughausplatz. Ansprachen Andreas Giger-Schmid (Präsident Gewerkschaftsbund Baselland), Regula Bühlmann (SGB-Zentralsekretärin für Gleichstellung), Eric Nussbaumer (Nationalrat SP BL) und Maya Graf (Co-Präsidentin Alliance F/Nationalrätin Grüne). Grussbotschaften der Organisationen im 1.-Mai-Komitee. Festwirtschaft auf dem Zeughausplatz (bei schlechtem Wetter in der Abfüllhalle des Ziegelhofareals) mit Brazz Attack, 1.-Mai-Chor und Steffi Zemp.

Kanton Basel-Stadt

Basel, Dienstag, 1. Mai

10 Uhr Besammlung auf dem Messeplatz. 10.30 Uhr Demonstrationszug via Claraplatz, mittlere Rheinbrücke, Schifflände, Marktplatz, Streitgasse zum Barfüsserplatz. Ansprachen Toya Krummenacher (VPOD-Regionalsekretärin, Präsidentin BGB, Grossrätin SP), Beat Jans (Nationalrat SP Basel-Stadt, VPOD-Mitglied), Regula Bühlmann (SGB-Zentralsekretärin für Gleichstellung), eine Vertreterin der Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen. 12 bis 19 Uhr Festbetrieb auf dem Barfüsserplatz mit Etrit Hasler, Carmelo (Flamenco), Eylem (kurdische/türkische Folklore), Kim Bo und ZISA.

Kanton Bern

Bern, Dienstag, 1. Mai

Ab 16 Uhr Besammlung in der Kramgasse. 16.30 Uhr Demonstrationszug zum Bundesplatz. Ansprachen Béatrice Stucki (VPOD-Regionalsekretärin, Grossrätin SP, Präsidentin Gewerkschaftsbund Stadt Bern und Umgebung), Christian Gusset (Unia-Sekretär Chemie), Michael Aebersold (Gemeinderat SP), Regula Bühlmann (Stadtratspräsidentin GB) und Esma Uzun (Vertreterin der Migration). Zum Abschluss singen Linggi Schnure und der Chor Linksdrall die Internationale. Ab 18 Uhr Fest auf dem Bundesplatz. Mit Maibündel gibt's Risotto gratis. Diverse Verpflegungsstände. 19 Uhr Konzert von Major B.

Bern, Dienstag, 1. Mai

Ab 10 Uhr Lenincup (traditionelles Fussballturnier) auf der Allmend. Anmeldung und Auskunft bei gerber.thomas@bluewin.ch. Anmeldeschluss: 20. April.

Bern, Dienstag, 1. Mai

19 Uhr Magic Five im Restaurant Volkshaus 1914, Zeughausstrasse 9, 3011 Bern. 19 Uhr Linggi Schnure mit Jukebox goes business

im Ono, Kramgasse 6 (Türöffnung/Bar 18 Uhr, Disco ab 20.30 Uhr). Eintritt 20 (Soli 25) Franken.

Biel, Dienstag, 1. Mai

17 Uhr Besammlung auf dem Bahnhofplatz. Demonstrationszug zum Zentralplatz. Ansprachen Lisa Mazzone (Nationalrätin Grüne, Genf) und Cédric Wermuth (Nationalrat SP, Aargau). Ab 12 Uhr Barbetrieb auf dem Zentralplatz mit Filarmonica La Concordia.

Burgdorf, Dienstag, 1. Mai

Auf der Gebrüder-Schnell-Terrasse (bei schlechtem Wetter in den Marktlauben). Ansprachen Kornelia Hässig Vinzens (SP-Grossrätin Bern, Präsidentin SP Frauen Kanton Bern) und Andrea Rüfenacht (SP-Grossrätin Bern, Burgdorf). Ab 16.30 Uhr Festwirtschaft mit Dodo Hug und der Harmoniemusik der Stadt Burgdorf.

Grenchen und Lengnau, Dienstag, 1. Mai

17 Uhr Besammlung in Grenchen Monbijou (beim Denner-Parkplatz). Demonstrationszug zum Schulhaus Dorf in Lengnau. Ansprachen Franziska Teuscher (Gemeinderätin Stadt Bern) und Lena Frank (Branchensekretärin Unia Sektor Bau). Bis 21 Uhr Festwirtschaft mit Chili con carne (Fleisch und Vegi). Musik mit Folchlore.

Interlaken, Dienstag, 1. Mai

Ab 17 Uhr in der Aula der Sekundarschule, Alpenstrasse. Moderation Sabina Stör (Gemeinderätin SP Interlaken). Ansprachen Paul Rechsteiner (Präsident SGB, Ständerat SP, St.Gallen), Véronique Polito (Geschäftsleitungsmitglied Unia Schweiz) und Tatjana Wagner (Studierende Spiez). Festwirtschaft mit Los Gringos Fantasticos. www.sp-oberland.ch.

Münchenbuchsee, Dienstag, 1. Mai

Ab 18 Uhr im Paul-Klee-Schulhaus (Aula). Ansprache Paul Rechsteiner (Präsident SGB, Ständerat SP, St.Gallen). Festwirtschaft mit Essen und Dessertbuffet.

Roggwil, Dienstag, 1. Mai

Ab 18 Uhr in der Aula der Sekundarschule. Begrüssung Kurt Schönenberger (SP-Präsident Roggwil). Ansprache Simon Kuert (Pfarrer und Chronist, Langenthal). Festwirtschaft mit MGR Roggwil.

Thun, Dienstag, 1. Mai

Ab 15 Uhr auf dem Rathausplatz. Begrüssung Alice Kropf (Präsidentin 1.-Mai-Komitee, Stadträtin SP). Ansprachen Natalie Imboden (Generalsekretärin Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband, Grossrätin, Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern), Claudius Domeyer (Unia), Natascha Wey (Co-Präsidentin SP-Frauen* Schweiz, VPOD-Zentralsekretärin). Diskussion mit Tamara Funicello (Juso) und Tommy Vercetti (Mundart-Rapper). 18.15 Uhr 1.-Mai-Demo, ab 19.15 Uhr Musik: Chaostruppe, Partenza, Tommy Vercetti.

Kanton Graubünden

Chur, Dienstag, 1. Mai

Ab 16.30 Uhr auf dem Theaterplatz. Ansprachen Min Li Marti (Nationalrätin SP, Zürich, VPOD) und Peter Peyer (Gewerkschafter und Regierungsratskandidat GR). Festwirtschaft (bei schlechtem Wetter im Zelt) mit Musik von Simon Suter.

Kanton Luzern**Luzern, Dienstag, 1. Mai**

Ab 16 Uhr im Neubad. Ansprache *Mattea Meyer* (Nationalrätin SP, Winterthur). Festwirtschaft mit Politik, Kultur und «Neubad-Talk» zum Thema Gleichstellung.

Kanton St.Gallen**Grabs, Dienstag, 1. Mai**

16 bis 18 Uhr Stand bei der Post, Staatsstrasse. Wir verteilen Flyer und rote Schöggeli.

Kirchberg, Dienstag, 1. Mai

Ab 18.30 Uhr im Restaurant Eintracht. Ansprache *Felix Birchler* (Gewerkschaftssekretär SEV). Festwirtschaft mit kleiner Karte. Gemeinsames Singen von Arbeiterliedern mit Begleitung von Punto Andino.

Rapperswil, Dienstag, 1. Mai

Ab 11.30 Uhr auf dem Fischmarktplatz. 15 Uhr Ansprache: *Max Lemmenmeier* (Präsident SP Kanton St.Gallen). Festwirtschaft bis 18 Uhr.

Rorschach, Dienstag, 1. Mai

Ab 19 Uhr im Centro Portugues (ehemals Comunidad) an der Rosenstrasse 3. Ansprache *Jon Pult* (SP-Grossrat Chur und Präsident Alpen-Initiative). 19 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Ansprache, 20.15 Uhr Nachtessen.

St.Gallen, Dienstag, 1. Mai

17 Uhr Besammlung im St.-Leonhardspark. Demonstrationzug via Spisergasse und Bohl zur Marktgasse. Moderation *Barbara Gysi* (Präsidentin Gewerkschaftsbund St.Gallen, Nationalrätin SP, Wil). Ansprachen *Giorgio Tuti* (Präsident SEV), *Claudia Friedl* (Nationalrätin SP), *Ali Haydar Sançar* (DIDF Schweiz) und *Dicle Amed* (kurdische/syrische Gruppe). Festwirtschaft mit kulinarischen Höhenflügen in der Marktgasse. Singen von Arbeiterliedern.

Walenstadt, Dienstag, 1. Mai

Ab 19 Uhr im Restaurant Jade-Palast am Lindenplatz 11. Ansprache *Fredy Fässler* (SP-Regierungspräsident Kanton St.Gallen). Festwirtschaft mit Musik. Buffet und Apéro sind offeriert von der SP Sarganserland.

Kanton Schaffhausen**Schaffhausen, Montag, 30. April**

Ab 17 Uhr Vorfest der Juso im Mosergarten mit Grill und Bar. Ab 18 Uhr Konzert.

Schaffhausen, Dienstag, 1. Mai

11.15 Uhr Besammlung in der Vorstadt. 11.30 Uhr Demonstrationzug zum Fronwagplatz. Ansprachen *Doris Klingler* (Kindergärtnerinnen für Lohngleichheit, VPOD), *Elisabeth Leuzinger* (Kindergärtnerinnen für Lohngleichheit, VPOD), *Isabelle Lüthi* (Unia) und *Selina Tribbia* (Syndicom). Festwirtschaft mit Mr. Mojo und Band.

Kanton Schwyz**Schindellegi, Dienstag, 1. Mai**

Ab 18 Uhr im Gasthof Hirschen am Dorfplatz. Ansprache *Fabian Molina* (Nationalrat SP, Illnau-Effretikon). Grusswort *Karin Schwiter* (Kantonsrätin SP, Lachen SZ). Bis 24 Uhr Festwirtschaft mit Peter Fässler, Akkordeon.

**Kanton Solothurn****Balsthal, Dienstag, 1. Mai**

Ab 15 Uhr beim Bürgerhaus. Ansprache *Markus Ammann* (Fraktionspräsident SP Solothurn). Bis 17 Uhr Festbetrieb.

Olten, Dienstag, 1. Mai

13.30 Uhr Besammlung auf dem Bifangplatz. 14 Uhr Demonstrationzug zum Kulturzentrum Schützi. Moderation *Siv Lehman* (1.-Mai-Komitee). Ansprachen *Tamara Funicello* (Präsidentin Juso Schweiz, Bern) und *Roman Künzler* (Sekretär Unia Schweiz). Bis 22 Uhr Fest mit italienischer Küche, Sangria, Bar, Tombola und Robinsonspielplatz. Musik von Mat Callahan & Yvonne Moore (Folk and Blues).

Solothurn, Dienstag, 1. Mai

15 Uhr Besammlung zum Demonstrationzug beim Gewerbeschulhaus. Solifest in der Fischergasse zwischen Landhaus und Kreuz. Ansprachen *Markus Baumann* (Unia/Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn, Derendingen) und weiteren Rednerinnen und Rednern. Festwirtschaft mit Dix and the Jokers und einer kurdischen Tanzgruppe. 21 bis 1 Uhr Disco im Kreuzsaal.

Kanton Thurgau**Kreuzlingen, Dienstag, 1. Mai**

9.45 Uhr Besammlung beim Hauptzoll. Demonstrationzug zum Dreispitz mit Musikwagen der Juso. Ansprachen *Daniel Lampart* (Chefökonom SGB, Bern), *Dominik Gaugler* (Abteilungsleiter öffentlicher Dienst, DGB Baden-Württemberg) und *Beat Schenk* (Juso Thurgau). Ab 11 Uhr Festwirtschaft im Dreispitz.

Kanton Uri**Aldorf, Dienstag, 1. Mai**

Ab 18.30 Uhr im Zeughaus. Begrüssung *Dimetri Moretti* (SP-Regierungsrat Kanton Uri). Ansprache *Gabriel Fischer* (Leiter Wirtschaftspolitik Travail Suisse). Streitgespräch «Arbeitszeitgesetz flexibilisieren?» Festbetrieb bis 22 Uhr.

Kanton Wallis**Brig, Dienstag, 1. Mai**

Ab 18 Uhr im Bahnhofbuffet. Ansprachen *Manuela Giovanoli* (Gleichstellungssekretärin Unia), *Elisabeth Joris* (Historikerin), *Christian Schnidrig* (Ko-Präsident Walliser Piratenpartei) und weiteren Rednerinnen und Rednern. Bis 24 Uhr Festbetrieb mit Los Hermanos Perdidos.

Kanton Zürich**Affoltern am Albis, Dienstag, 1. Mai**

Ab 18 Uhr im Roots. Ansprache *Hannah Pfalzgraf* (Kantonsrätin SP/Juso). Festbetrieb mit Ssassa (Gipsy, Balkan, Oriental).

Bülach, Dienstag, 1. Mai

Ab 10.30 Uhr im Guss39 (Schaffhauserstrasse 102). Ansprachen *Hannah Pfalzgraf* (Kantonsrätin SP/Juso), *Giorgio Pardini* (Syndicom) und *Jacqueline Badran* (Nationalrätin SP). Festwirtschaft mit Musik (Flavia Zucca).

Dietikon, Dienstag, 1. Mai

Ab 12 Uhr in der Markthalle, Kirchplatz. Ansprache *Markus Späth* (Kantonsrat SP). Festwirtschaft.

Stäfa, Dienstag, 1. Mai

Ab 14 Uhr im Rössli. Ansprachen *Thomas Hardegger* (Nationalrat SP) und *Elena Marti* (Grüne Partei). Festwirtschaft.

Uster, Dienstag, 1. Mai

Ab 14.30 Uhr in der Landihalle. Ansprachen *Maria Sorgo* (VPOD) und *Cédric Wermuth* (Nationalrat SP). Festwirtschaft.

Wädenswil, Dienstag, 1. Mai

Ab 13 Uhr in der Freizeitanlage. Ansprache *Henriette Borchert* (GBKZ-Frauenkommission). Festwirtschaft.

Winterthur, Dienstag, 1. Mai

10 Uhr Besammlung in der Steinberggasse. Demonstrationzug durch die Altstadt zum Neumarkt. Ansprachen *Tamara Funicello* (Präsidentin Juso), *Paul Rechsteiner* (Präsident SGB), *Carla Ruckstuhl* (Juso) und *Katharina Prelicz-Huber* (VPOD-Präsidentin, Gemeinderätin Grüne Stadt Zürich). Bis 19 Uhr Festbetrieb auf dem Neumarkt mit Musik (Schnauz und Robertson Head Music Machine).

Zürich, Sonntag, 29. April

18 Uhr im Glaspalast Gewerkschaftliches Podium «Das Uber-Prinzip – Digitalisierung als Jobkiller». Referenten *Roman Künzler* (Unia) und *Benedikt Gschwind* (Kantonsrat SP).

Zürich, Montag, 30. April

14.30 Uhr im Volkshaus, Blauer Saal. Ansprachen *Paul Rechsteiner* (Präsident SGB, Ständerat SP) und *Natascha Wey* (Zentralsekretärin VPOD, Co-Präsidentin SP-Frauen*). Mit Clara Moreau, Chanteuse-Accordéoniste.

Zürich, Dienstag, 1. Mai

10 Uhr Besammlung auf dem Helvetiaplatz. Demonstrationzug über Bahnhofstrasse, Limmatquai zum Sechseläutenplatz. Ansprachen *Vania Alleva* (Präsidentin Unia) und *Sunil Mann* (Autor). Festwirtschaft auf dem Sechseläutenplatz mit Musik (Dead Milly).

Zürich

Grosses Politfest auf dem Kasernenareal. Weitere Informationen: www.1mai.ch.

Benno Hardmeier †

Benno Hardmeier, der im SGB eine prägende Figur und von 1960 bis 1990 Zentralsekretär war, ist im März im Alter von 88 Jahren gestorben. Er entstammte einer sozialdemokratischen Familie aus Winterthur. Sein wirtschaftswissenschaftliches Studium schloss er mit einer Dissertation über die «Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz 1920 bis 1945» ab. 1959 wurde er Zentralsekretär der SP, aber nur ein gutes Jahr später warb ihn der SGB ab. Dort war Benno Hardmeier drei Jahrzehnte für allgemeine Wirtschaftspolitik zuständig. Er prägte insbesondere die Bereiche Agrar-, Konsumenten- und Energiepolitik und war einer der führenden Köpfe bei der Mitbestimmungsinitiative, die 1976 allerdings vom Volk verworfen wurde. Einst ein Befürworter des Atomstroms, wurde er durch Tschernobyl «gewendet». Als Redaktor betreute er 10 Jahre die *Gewerkschaftliche Rundschau*, darüber hinaus verfasste er mehrere Beiträge zur Gewerkschaftsgeschichte – leichtfüssig, verständlich, mit gutem Gespür für das Wesentliche. In Erinnerung bleibt auch der private Kollege: Wenn er im Streichquartett die Violine oder die Bratsche spielte, dann war auch das Ausdruck für seine politische Maxime, das Glück im Kollektiv und im Kollektiven zu suchen. | *Ewald Ackermann, SGB*



Delegiertenversammlung des Verbandes vom 24. März 2018

Die Delegiertenversammlung hat

- Cora Antonioli (Region Waadt) als neue VPOD-Vizepräsidentin begrüsst und die aus dem Amt scheidende Eva Schaffner (Region Aargau/Solothurn) verabschiedet.
- von der Notwendigkeit, am SGB-Kongress vom 30. November/1. Dezember 2018 in Bern das Präsidium des SGB neu zu besetzen, Kenntnis genommen.
- Strategien zur Durchsetzung der Lohngleichheit diskutiert und für den 1. Mai 2018 (schweizweit) sowie den 22. September 2018 (Bern) entsprechende Aktivitäten in Aussicht gestellt.
- Ausführungen von Stefan Giger, VPOD-Generalsekretär, zu den Perspektiven in der ersten und zweiten Säule der Altersvorsorge gehört und debattiert.

- von den Ergebnissen der Lohnverhandlungen für 2018 Kenntnis genommen.
- Einschätzungen von Daniel Lampart, SGB-Chefökonom, zum Stand der Dinge in der Steuervorlage 17 zur Kenntnis genommen und erörtert, wie der drohende Steuerausfall verhindert oder gemildert werden kann.
- eine Resolution der VPOD-Verbandskonferenz Pensionierte «Gegen das Sparen auf dem Buckel der Ärmsten bei der EL-Revison» ratifiziert.
- nach kontroverser Diskussion die Parolen für die Eidgenössische Volksabstimmung vom 10. Juni 2018 beschlossen: Nein zur Vollgeld-Initiative, Ja zum Geldspielgesetz.

Stefan Giger, Generalsekretär

Leserbrief

Digitalisierung ohne Jobverlust

Digitalisierung und Automatisierung sind für Erik Brynjolfsson (z. B. in der *NZZ am Sonntag*) – ziemlich unkritisch – «Fortschritt» an sich. «Technologie ist seit je ein Werkzeug», heisst es, von dem er hoffe, dass es für gemeinsamen Wohlstand eingesetzt werde. Das ist die alte Illusion, das Werkzeug habe keine gewichtige autonome Realität, es komme nur darauf an, wie es eingesetzt werde. Nein, der Mensch muss sich, bevor er ein Werkzeug schafft oder ein schon bestehendes verwendet, so gut als möglich überlegen, was es bedeutet, wenn er es schafft und einsetzt – und dann über den Einsatz entscheiden. Dies geschieht auch; Beispiele: Präimplantationsdiagnostik, organisierte Freitodhilfe. In der heutigen Situation müssten regionale Organe, gesetzlich gebildet aus qualifizierten Vertretern aller beteiligten Akteure, sich vorausschauend und konkret um die Schaffung neuer Arbeitsplätze anstelle von verlorengehenden sowie um konkrete Umschulungsmöglichkeiten kümmern. Erst wenn auf diesem Wege Lösungen vorliegen, dürfte ein Unternehmen, ob privat oder staatlich, Arbeitsplätze durch digitale Automatisierung wegrationalisieren. Und erst wenn Menschen trotz dieser Voraussetzungen nicht mehr in die Arbeitswelt integriert werden können, könnte sie eine humane Gesellschaft guten Gewissens in die dauernde Arbeitslosigkeit/Sozialfürsorge entlassen. Ich bin überzeugt, dass ein Staat, der diesen Prozess effizient organisiert, die gewaltigen Probleme besser löst als einer ohne die beschriebene besondere Anstrengung.

Jakob Müller, VPOD-Mitglied, Beringen

Rote Köpfe

Die Nachfolgerin für Doris Bianchi im SGB-Sekretariat steht fest: Das Sozialversicherungsdossier wird von **Gabriela Medici** übernommen, die im März ihre Arbeit als Zentralsekretärin aufgenommen hat. Die 32-jährige Zürcher Juristin muss sich speziell um die Altersvorsorge kümmern, wo man bekanntlich wieder auf Feld 1 steht. Sie war bereits 2010 für den SGB tätig. Ihr Studium schloss Medici mit einer Dissertation über «Menschenrechtliche Vorgaben und staatliche Handlungspflichten für Migrantinnen als Pflegehilfen in Schweizer Privathaushalten» ab. Zuletzt war sie als Geschäftsführerin beim «Kompetenzzentrum für Menschenrechte» der Universität Zürich tätig.



Einst ein Zeichen für Widerständigkeit, gehört die Jeans heute zur Alltagsgarderobe von Hinz und Kunz. Fast die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer gab bei einer Umfrage an, bis zu 5 Paar zuhause im Schrank zu haben, ein Drittel besitzt bis 10 Paar. Und **Martin Wyss**, VPOD-Regionalsekretär Zentralschweiz? «Wenn's mir recht ist, sind es 3 Paar Jeans», sagte der bescheidene Kollege, als er dazu befragt ward. Und weil es die *Coop-Zeitung* war, welche die Frage tat, weiss jetzt die ganze Schweiz, wie es um die Wyss'schen Beinkleidungsreserven bestellt ist.

Die gewerkschaftsnahe NGO Solidar Suisse (siehe jeweils Seite 22) erhält einen neuen Präsidenten. Der Genfer

SP-Nationalrat **Carlo Sommaruga** soll auf Hans-Jürg Fehr folgen, der dieses Amt 10 Jahre lang ausgeübt und die Organisation mit länderübergreifenden Kampagnen (etwa zu Lieferketten) profiliert hatte. Die offizielle Wahl findet zwar erst an der Generalversammlung am 8. Mai statt, aber es ist absehbar, dass der Kandidat dort nicht auf ernsthafte Konkurrenz stossen wird. Nur schon wegen seines Profils: Sommaruga gehört der eidgenössischen Kommission für Entwicklungszusammenarbeit an. Auch als Parlamentarier ist er speziell zu internationalen Fragen hervorgetreten. Sommaruga – der erste Romand als Solidar-Präsident – ist Vater von vier Kindern – und von Bundesrätin Simonetta Sommaruga ein entfernter Cousin.

| *slt (Fotos: zVg; Lukas Lehmann)*



Die Beschwerde gegen die Verfügung der Arbeitslosenkasse war erfolgreich – dank dem VPOD

Aus unfreien Stücken

Die Arbeitslosenkasse verneinte W.s Anspruch, weil die Dauer der Beschäftigung nach der vorzeitigen Pensionierung nicht 12 Monate betragen habe. Doch Kollege W. hatte sich nicht freiwillig in die Frührente begeben.

| Text: Sabine Braunschweig (Foto: skynesher)

Kollege W. wurde mit 58 Jahren auf die Strasse gestellt: Die Arbeitgeberin bot ihm folgende drei Möglichkeiten an: Kündigung durch den Arbeitgeber, Kündigung durch den Arbeitnehmer oder Einverständnis zur Frühpensionierung. Angesichts seines Alters und der minimalen Chance, wieder eine Arbeitsstelle zu finden, entschied sich W. notgedrungen und widerwillig für die Frühpensionierung. Vordergründig schien ihm dies die günstigste Lösung zu sein. Aber eben nur vordergründig, wie sich herausstellte.

«Rentenbrief» unterschrieben

Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses meldete sich W. bei der Arbeitslosenkasse, um die trotz Altersrente der Pensionskasse und AHV-Überbrückungsrente massive Einkommenseinbusse wettzumachen. Doch ihm wurde mitgeteilt, dass er keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung habe, da er sich freiwillig vorzeitig habe pensionieren lassen. Er habe den «Rentenbrief» unterschrieben und damit bezeugt, dass er vor Erreichen des ordentlichen AHV-Alters im Rahmen der beruflichen Vorsorge aus freien Stücken in Pension gehe. Dass der vorzeitige Altersrücktritt unfreiwillig erfolgt sei, sei nicht genügend belegt. Zudem sei seine beitragspflichtige Beschäftigung als Beitragszeit zu kurz, um Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu erhalten.

Die hinzugezogene Vertrauensanwältin erhob Einspruch gegen diese Verfügung der Arbeitslosenkasse. W.

sei, so argumentierte sie, von seinem Arbeitgeber dazu gedrängt worden, das Arbeitsverhältnis aufzulösen. Im Weigerungsfall hätten ihm erhebliche Nachteile gedroht. Das Pensionskassenreglement der Firma sah eine Frühpensionierung ab 58 vor, wenn

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.



«Jetzt unterschreiben Sie endlich!» Sein Einverständnis zur Frühpensionierung gab W. nur unter Druck ab.

das Arbeitsverhältnis «in Absprache mit der Firma» aufgelöst wurde. W. selbst hätte ja gerne weitergearbeitet.

Job nicht mehr vorgesehen

Im neuen Organigramm der Firma, die soeben mit einem anderen Betrieb fusioniert hatte, war W.s Funktion nicht mehr eingetragen. Obwohl der Arbeitgeber behauptete, dass W. hätte weiterarbeiten können,

wurde ihm zu keinem Zeitpunkt eine neue Position oder ein neuer Arbeitsort angeboten. Diese fehlenden konkreten Vorschläge müssten als verweigerter Mitwirkung der Firma gedeutet werden und stützten damit den Sachverhalt, den der Arbeitnehmer schilderte, schrieb die Vertrauensan-

wältin. Deshalb sei völlig klar, dass die Frühpensionierung aus wirtschaftlichen Gründen seitens der Firma erfolgte und keineswegs freiwillig war.

Die Anwältin untermauerte ihre Position mit dem Zitat aus einer Broschüre des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco: «Unfreiwilligkeit ist immer dann anzunehmen, wenn die versicherte Person an ihrer Arbeitsstelle bleiben möchte, dies aber nicht tun kann, weil sie aus wirtschaftlichen oder aus anderen unverschuldeten Gründen entlassen wurde und eine Altersleistung der Vorsorge bezieht.» W.s Frühpensionierung habe somit als Kündigung durch den Arbeitgeber zu gelten und sei auch so zu bewerten. Das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit folgte diesen Überlegungen und hiess die Einsprache gut. Die kantonale Arbeitslosenkasse wurde angewiesen, W.s Anspruch neu zu prüfen. So erhielt W. schliesslich die ihm zustehenden Leistungen aus der Arbeitslosenkasse.

Duale Berufsbildung kann gegen die hohe Arbeitslosigkeit im Kosovo helfen – aber nur unter bestimmten Bedingungen

«Copy & Paste» haut nicht hin

Führt duale Berufsbildung zu Entwicklung? Die Arbeit von Solidar zeigt: Das Konzept funktioniert, wenn es lokal angepasst ist und von allen mitgetragen wird. Mit blossem «Copy & Paste» kommt man dagegen nicht sehr weit.

| Text: Cyrill Rogger, Fotos: Din Begolli



Für Abion Krasniqi zahlte sich das Praktikum aus: Nach der Berufsschule kann er bei Bakalli Metall anfangen.

«An der Schule haben wir nicht die Möglichkeit, in einer Werkstatt Produkte herzustellen. Die Praktikumswoche bei Bakalli Metall hat mir deshalb sehr gefallen», erzählt der 15-jährige Abion Krasniqi, der an der Berufsschule Metallverarbeitung lernt. Solche Praktika sind dringend nötig. Denn im Kosovo mangelt es an Fachkräften. Die Arbeitslosigkeit ist insbesondere bei den Jungen enorm hoch, weil die Ausbildung viel zu wenig auf das Berufsleben ausgerichtet ist. Kein Wunder also, dass man sich um Verbesserungen bemüht, beispielsweise mit einer Praktikumswoche. Beschlossen wurde sie von einer Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus Wirtschaft und Behörden, Lehrkörper und Schülerschaft.

In aller Munde

Berufsbildung ist traditionell ein Schwerpunkt der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Mit der neuen Agenda der Uno hat sie noch an Bedeutung gewonnen: Die internationale Gemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 ein «dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirt-

schaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle zu fördern». – Duale Berufsbildung als Schlüssel zur Entwicklung ist also zurzeit in aller Munde. Doch was ist das überhaupt? Duale Berufsbildung will bei den Lernenden die Verbindung von theoretischem Wissen und praktischen Fertigkeiten fördern. Und sie will die Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Schule stärken. Damit das klappt, müssen an der Berufsschule jene Fähigkeiten unterrichtet werden, die Arbeitskräfte nachher tatsächlich brauchen. Dafür setzt sich auch die erwähnte Arbeitsgruppe im Kosovo ein: So sollen beispielsweise die Abgängerinnen und Abgänger der Wirtschaftsschule im Fachbereich Tourismus in Zukunft nicht nur theoretisches Wissen haben, sondern auch die kommunikativen Fähigkeiten besitzen, um mit ihrer Kundschaft umzugehen. Heute ist das oft nicht der Fall. Das weiss auch Elvira Mehmetaj, die in der Arbeitsgruppe die Interessen der Auszubildenden vertritt: «Die praktische Arbeit kommt viel zu kurz. Eigentlich möchte

ich Küchenchefin werden in einem guten Restaurant, nur: Wo kriege ich die nötigen praktischen Qualifikationen her?»

Damit Bildungsprojekte erfolgreich sind, müssen sie an den Kontext angepasst sein und die lokalen Akteurinnen und Akteure (Schulen und Ausbildungsstätten, Berufsverbände und Behörden) einbinden und mobilisieren. Dies ist ein Grund, weshalb sie nicht einfach kopiert werden können. Noch weniger erfolgsversprechend wäre es – wie häufig in den Medien propagiert –, das über Jahrhunderte gewachsene Schweizer Berufsbildungssystem eins zu eins in ein anderes Land verpflanzen zu wollen.

Solidar Suisse tut das nicht: Wir passen unsere zahlreichen Projekte zur Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt an die lokalen Rahmenbedingungen an. Für El Salvador heisst das etwa, dass wir jungen Leuten Perspektiven und Wege aus der Kriminalität eröffnen, in Burkina Faso verhelfen wir Jugendlichen, welche die Schule vorzeitig abgebrochen haben, mit massgeschneiderten Ausbildungen zu einem gesicherten Einkommen. Und in Serbien organisiert Solidar Sommerpraktika, um den Berufsschülerinnen und Berufsschülern praktische Erfahrungen zu vermitteln.

«Nur Salat gemacht»

Im Kosovo fällt die Beurteilung der Praktika noch durchgezogen aus: «Ich habe nur sehr wenige der vielen in einem Hotel anfallenden Arbeiten ausführen können und musste vor allem Salate zubereiten», erzählt Elvira Mehmetaj nach ihrem Hotelpraktikum. Sie hält aber an ihrem Berufswunsch «Küchenchefin» fest und bringt ihre Erfahrungen in die Arbeitsgruppe ein. So kann sie zur Verbesserung der Qualität der Praktika in lokalen Betrieben beitragen. Abion Krasniqis Praktikumswoche hingegen war unmittelbar von Erfolg gekrönt: Der Betriebsleiter von Bakalli Metall war so begeistert von seiner Arbeitsweise, dass er ihn direkt engagierte.

Robert Weidmann, Obermaschinist, Opernhaus Zürich

Der Strippenzieher

Die technischen Angestellten des Opernhauses Zürich haben beim VPOD angedockt. Robert Weidmann ist einer von ihnen: einer von den vielen Unsichtbaren, die die teuerste (und schönste) Kunstform erst möglich machen.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Obermaschinerie. Das ist kein hierarchischer, sondern ein rein geografischer Begriff. Wir fahren im engen Lift hinauf und steigen 11 Meter über der Bühne wieder aus. Dort befindet sich das Reich von Robert Weidmann und seiner drei Mitstreiter. «Schnürmeister» hiessen sie früher. Ihr Job ist es, die Vorrichtungen zu bedienen, an denen Kulissen und andere Elemente (manchmal sogar Sängerinnen) ins Sichtfeld des Publikums schweben. Der Fachmann spricht von «Zügen». Und er achtet natürlich beim Einrichten darauf, dass nicht zu schwere Lasten an zu dünnen Seilen hängen. Die Sicherheitsmarge ist deutlich höher als auf einer Baustelle – unter anderem deswegen, weil Aida, Carmen und Madame Butterfly keinen Helm zu tragen pflegen (jedenfalls in den meisten Inszenierungen nicht).

Heute wird für eine Probe das Bühnenbild zu Parsifal aufgebaut, der 2011 Premiere hatte. Wiederaufnahme also: Weiss noch jemand, wie wir's damals gemacht haben? Wagners letztes Werk besteht aus Stabreimen sowie viel wunderschöner Musik. Obwohl in der Ur-aufführungspartitur zahlreiche Eintragungen wie «nicht pathetisch», «nicht zu langsam» von Wagners Hand stehen, kommt kein heutiger Dirigent viel unter 5 Stunden ins Ziel. Handlung gibt's allerdings kaum. Und auch die Bühnentechnik hat den grössten Teil der Arbeit erledigt, wenn das zweistöckige Gebäude einmal steht. Anders als im richtigen Leben bauen sie hier die obere Etage zuerst. Sie ziehen sie an Seilen in die Höhe, um darunter das Erdgeschoss zu erstellen, das dann sachte mit dem ersten Stock gedeckelt wird.

Teufliches Lustschloss

Am Opernhaus Zürich werden pro Saison gegen 50 unterschiedliche Stücke gegeben, so viele wie kaum irgendwo sonst auf der Welt. Und während man in Wien manche Klassiker noch in längst abgeschriebenen Kulissen aus den 1950er und 1960er Jahren sehen kann, macht man in Zürich alle paar Jahre alles neu.

Obermaschinist
Robert Weidmann
schaut Oper von
weit oben.



Der frühere Direktor Pereira indes hat es mit der Menge der Vorstellungen, zumindest aus Sicht des technischen Personals, übertrieben. Problematisch war weniger die reine Zahl der Aufführungen als das fehlende Sensorium für die Abläufe am Haus. Der heutige Intendant Homoki hat entschieden mehr Gespür.

Man sieht das eigentlich erst so recht hinter der Bühne, wie viele Kräfte für eine gelungene Oper zusammenwirken, wie viele Rädchen ineinandergreifen müssen. Nichts davon lässt sich fix schalten. Deshalb ist während der Aufführung der Inspizient der Taktgeber. Von ihm kommt, wenn Robert Weidmann eine Aktion auszuführen hat, zuerst eine Voranzeige, dann ein Startzeichen. Alles per Lichtsignal. Geht auch mal was schief? Natürlich. Aber das meiste davon liegt unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Publikums. Einmal brachte der Kollege wegen einem Computerhänger den Vorhang für den Applaus nur mit Verspätung hoch. Der grösste Schnitzer liegt Jahre zurück. «Des Teufels Lustschloss» bestand aus einem komplizierten Gewirr von ständig wechselnden Treppen

und Türmchen, die sich unplanmässig derart verkeilten, dass eine ganze Weile nichts mehr vorwärtsging. Und rückwärts auch nicht.

Zweite Hälfte geschenkt

Seit mehr als 30 Jahren ist Robert Weidmann, gelernter Elektromonteur, schon am Opernhaus. Ein schwerer Velounfall im Jahr 2010 schneidet diese Zeit in zwei Teile. Der zweite davon kommt ihm wie geschenkt vor; es hätte auch anders ausgehen können. Aber Genesung und Wiedereinstieg in den Beruf sind vollständig gelungen. Auch dank der Unterstützung der Familie; mit der Mutter, der Schwester und deren Kindern sowie mit Katze Sibel lebt er jetzt in einer grossen WG. Auch in der Obermaschinerie, überhaupt am Opernhaus, sind sie ein eingespieltes Team. Kollegialität bedeutet, dass man aushilft, wo es nottut. Flexibel muss man halt sein. Und auch mit dem perfidesten Aspekt seiner Tätigkeit hat sich Robert Weidmann längst angefreundet. Nämlich: Je weniger von ihm wahrzunehmen ist, desto besser hat er seinen Job gemacht.



HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI

www.grappoli.ch

Folgen Sie uns auf 

**EINE RUHIGE OASE IM GRÜNEN
UNSER HOTEL IST...IHR HOTEL!**

**Für Ihren Aufenthalt: Ermässigungen für
VPOD-Mitglieder**

Hotel:

15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote
25% Rabatt auf Preisliste

Bungalow:

15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote
20% Rabatt auf Preisliste

SAISONSTART 2018

mit 12 renovierten Zimmern
und neuer Fernsehanlage!



Hotel Ristorante i Grappoli • 6997 Sessa
Tel. 091 608 11 87 • Fax 091 608 26 41
info@grappoli.ch • www.grappoli.ch

AZB Postfach 8279, 8036 Zürich



«Was passiert
eigentlich, wenn
die Katze des
Nachbarn meinen
Kanarienvogel
frisst? »

Jetzt Multi Rechtsschutz
abschiessen für nur Fr. 138.–
für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch



vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter |s/t

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 20000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C009035